Nr. 3 Mittwoch, 5. Januar 1921 28. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.– Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.– Mk. für einen Monat 6.– Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. – Tel. 4596. – **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. – **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 – Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk., Familiennachrichten die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk – Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Ein neuer Meuchelmord.

„Auf der Flucht erschossen!"

Berlin, 4. Januar. (TU.) Nach einem telegraphischen Bericht der Roten Fahne aus Hamburg ist in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember der Kommunist Paul Hoffmann in Flensburg von der Sicherheitspolizei erschossen worden. Hoffmann war aus seiner Wohnung heraus verhaftet und in einem Auto nach der Kaserne gebracht worden. Dort soll Hoffmann nach Angaben des Führers der Sicherheitspolizei den Wachtmeister, der ihn über den Kasernenhof transportieren wollte, einen Stoß vor die Brust gegeben haben. Darauf habe man dreimal Halt! gerufen und zwei Schüsse abgegeben. In diesem Augenblick seien auch einige Schüsse aus der Kaserne gefallen. Die Rote Fahne erklärt die Angaben von einem Fluchtversuch Hoffmanns als eine Lüge und spricht von einem Meuchelmord.

*

Nach dem Bericht der Frau des Erschossenen ist man nachts 1½ Uhr mit 12—15 Mann Sipoleuten in die Wohnung Hoffmanns eingedrungen, indem man die Türscheiben einschlug und die Füllungen aufstieß. Hoffmann wurde in einem Auto abtransportiert, ohne daß Gründe angegeben wurden. Auf das Gerücht am andern Tage, daß ihr Mann erschossen sei, wurde der Frau von einem Major v. Prütwitz in der Kaserne erklärt: „Hoffmann hat einen Fluchtversuch gemacht und ist dabei erschossen worden." Auf die Frage, warum und weshalb die Verhaftung erfolgte, gab es keine Auskunft. Die Bitte an den Major, den toten, erschossenen Mann sehen zu dürfen, erklärte der Major nicht gewähren zu können, weil er nicht wisse, wo der Tote sei. Beim Suchen fand man den Toten im Nebenzimmer des Herrn Majors v. Prütwitz, der nicht wissen wollte, wo der Tote sei. Die Bitte um Freigabe der Leiche wurde abgelehnt mit der Begründung, die Leiche sei noch nicht vom Gericht freigegeben.

Nach einer anscheinend aus amtlicher Quelle stammenden Meldung des Wolff-Bureaus aus Flensburg soll die Verhaftung Hoffmanns erfolgt sein, weil Hoffmann im Besitz „kommunistischer Putschpläne" gewesen sei. Obwohl ihm angedroht worden sei, daß bei einem Fluchtversuch geschossen werde, habe sich der Verhaftete losgerissen, worauf er durch Schüsse eines Beamten und eines Offiziers tödlich verletzt worden sei. Schüsse aus der Kaserne seien nicht gefallen.

Wie die Rote Fahne ihrer Meldung hinzufügt, lassen die Wunden am Halse des Erschossenen erkennen, daß die Schüsse aus der Nähe abgegeben worden sind. Die Geschichte von dem angeblichen Fluchtversuch sei dadurch als Lüge gekennzeichnet. Jedenfalls deuten verschiedene Umstände darauf hin, daß hier wieder ein der Reaktion unbequemer politischer Gegner unter dem alten bekannten und bequemen Vorwand, er habe einen Fluchtversuch unternommen, meuchlings ermordet worden ist. Für die Arbeiterschaft ist der Mord eine neue eindringliche Mahnung, mit allen Kräften zu rüsten, um die Gegenrevolution niederringen zu können, die ja nur auf den geeigneten Moment wartet, um nach ungarischem Muster gegen die deutsche Arbeiterschaft zu wüten.

* * *

Bezeichnend ist das Verhalten der Roten Fahne, die auch diesen traurigen Vorfall benutzt, um gegen die „Menschewisten aller Färbungen" zu hetzen. Sie macht die „Menschewisten" für den Mord mit verantwortlich, weil sie angeblich noch nichts getan haben, um den weißen Terror in Deutschland zu bekämpfen und bewaffnete Selbstschutzorganisationen des revolutionären Proletariats zu schaffen. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß die Bewaffnung des Proletariats ohne entsprechende politische Macht nicht durchzuführen ist. Aber gerade die Kommunisten sind es ja, die durch ihre ganze Taktik fortgesetzt die Einheit der Arbeiterschaft stören und damit die Stoßkraft des Proletariats lähmen. Letzten Endes tragen also gerade sie die Schuld, wenn das Proletariat heute noch nicht imstande ist, dem weißen Terror in Deutschland, wie er in den sich immer wiederholenden Mordtaten an Revolutionären zum Ausdruck kommt, ein Ende zu machen.

Die internationale Antibolschewistenfront.

Das operieren mit dem Bolschewistenschreck hat in England stärkeren Eindruck gemacht als in Frankreich. Das Reutersche Bureau hat eine längere Note Englands über die Entwaffnung Deutschlands veröffentlicht, worin u. a. gesagt wird, der englische und der französische Generalstab seien in der Frage der Entwaffnung Deutschlands vollkommen einig. Ihre Ansichten gingen nur auseinander hinsichtlich der Frist, in der die deutschen Informationen aufgelöst werden sollten. Einig sei England und Frankreich über die Notwendigkeit, die Bestimmungen des Spaer Abkommens über die Sicherheits- und Ordnungspolizei durchzuführen. Eine leichte Meinungsverschiedenheit bestehe dagegen zwischen ihnen über die Einwohnerwehren, über die Gefahr. Auch England glaube, daß diese Organisationen verschwinden müßten, aber das könne nicht so schnell erfolgen, wie Frankreich es wünsche. In Bayern und Ostpreußen bestehe Grund, den Bolschewismus zu fürchten, was die Erhaltung dieser Freiwilligen-Organisationen in diesen Gegenden augenblicklich berechtigt erscheinen lasse. Indes würden in Bayern mehr Freiwillige unter den Waffen gehalten, als notwendig sei. Es wird eine Zusammenkunft unter den alliierten Ministerpräsidenten vorgeschlagen, um zu einer Verständigung zu kommen. Zum Schluß heißt es:

Man sei der Ansicht, daß die Besetzung des Ruhrgebiets ein Mittel sei, welches nur im Falle der alleräußersten Notwendigkeit angewendet werden dürfe, beispielsweise im Falle einer Aktion in Ostpreußen gegen Polen.

England sei entschieden der Ansicht, daß der Artikel 172 des Friedensvertrages betr. die Verteilung der Erzeugnisse der chemischen Industrie nicht befriedigend ausgeführt worden sei. Das sei eine sehr wichtige Frage; aber es sei noch zu früh, über die Maßnahmen zu sprechen, die ergriffen werden müßten.

Es scheint nach dieser Note fast, als ob es zu einer Einigung der Entente mit der deutschen Reaktion auf Kosten des deutschen Proletariats kommen soll. In Frankreich ist die Angst vor einem militärisch wieder erstarkten Deutschland stärker als die Angst vor dem Bolschewismus. In England, wo man sich nicht so sehr durch Deutschland bedroht fühlt, wiegt die Angst vor dem Bolschewismus wieder vor. Bei dem Schwergewicht, das England in der Entente ausübt, ist darauf zu rechnen, daß es seinem Standpunkt Geltung zu verschaffen weiß. Freilich ist die deutsche Regierung noch lange nicht über den Berg. Die ganze bayerische Orgesch will auch England nicht fortbestehen lassen. Uebrigens ist auch noch nicht ausgemacht, ob England sich nicht seiner Einwände gegen die Entwaffnung der Einwohnerwehren bloß als ein Mittel bedient, um Frankreich seinen Wünschen in anderen Fragen gefügig zu machen. Das verschiedene Differenzen bestehen, zeigen die beiden folgenden Meldungen:

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der deutsche Vertreter des Daily Telegraph macht Mitteilungen die darauf hindeuten, daß Lloyd George für die neue Konferenz des Obersten Rates, die Leygues für den 10. Januar in Paris vorschlägt, nicht gerade sehr viel übrig hat. Ernste innere Probleme machen Lloyd George noch immer unabkömmlich. Wenn die Franzosen auf einer neuen Konferenz bestehen, müssen sie daher wohl nach London kommen und der 10. Januar erscheint etwas sehr früh. Die englische Regierung muß doch die verschiedenen Berichte der Sachverständigen in der Entwaffnungsfrage studieren. Der Londoner Korrespondent des Berliner Tageblattes will von zuverlässiger Seite erfahren, daß unter eventuellen Zwangsmitteln nach Londoner Auffassung eine Besetzung des Ruhrgebietes nicht in Frage komme, bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates werde man wohl in erster Linie ganz ebenso wirksame, aber weniger anstrengende Mittel erörtern.

Nach andern Meldungen wollen Frankreich, Italien und Belgien auf der gleichen Konferenz eine doppelte Abänderung des Abkommens von Spa durchsetzen, nämlich einmal die Herabsetzung der zugestandenen Kohlenpreise und dann das Aufhören der Vorschüsse. Es ist zweifelhaft, ob Lloyd George diese Absicht billigen wird. Die ganze Sache ist England offenbar recht unbequem, und es ließe sich das wohl entschiedener merken, wenn nicht auch bei England ein ausgesprochenes Mißtrauen gegen die Einwohnerwehren, genauer gegen den reaktionären Charakter der Leute bestünde, die die Einwohnerwehren in Ostpreußen und Bayern beherrschen.

Eine neue Note.

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Brüsseler Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet folgendes: Nach hiesigen Nachrichten ist am letzten Montag in Berlin eine Note Englands überreicht worden, in der die französische Forderung auf Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen aus dem Clearing unterstützt und damit gedroht wird, daß England, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, mit der Liquidation des deutschen Eigentums in England in vollem Umfange fortfahren werde. Da aber gegenwärtig im Verlauf der Brüsseler Konferenz die grundsätzlichen Besprechungen über das Ausgleichsverfahren in Paris wieder aufgenommen waren, will England das Ergebnis abwarten, bevor es seine Drohung durchführt. Frankreich hat die Fortsetzung der Verhandlungen über die deutschen Vorschläge zur Abänderung des Ausgleichsverfahrens vor Auseinandergehen der Konferenz von einer sofortigen Zahlung von 50 Millionen abhängig gemacht. Die Verhandlungen sollen am Mittwoch beginnen. Die deutschen Unterhändler befinden sich bereits in Paris, die Stellungnahme der deutschen Regierung ist aber noch nicht bekannt. Es ist nicht unerwartet, aber doch erwähnenswert, daß die Verhandlungen in Paris zum großen Teil durchaus nicht glatt verlaufen. Die neuen Forderungen, die Frankreich auf dem Gebiete der Kohle stellt, sind enorm. Das gehört nicht unmittelbar in den Kreis der Brüsseler Themen, wirkt aber auf sie.

Zusammenstöße zwischen Arbeitslosen und Polizei in England.

London, 4. Januar. Bei einem **Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitslosen in London** wurden gestern nachmittag nach einer Blättermeldung **sechs Polizisten und zehn Arbeitslose verwundet.**

London, 4. Januar. In **Islington** versuchten **Arbeitslose, sich des Rathauses zu bemächtigen.** Die Polizei zerstreute die Menge durch Stockschläge und nahm etwa **20 Verhaftungen** vor.

Verfassungskämpfe und Präsidentenwahl in Oesterreich.

Von Therese Schlesinger, Mitglied des österr. Parlamentes (Wien).

I.

Am 12. November 1918 ist in Deutschösterreich die Republik proklamiert worden und erst am 9. Dezember 1920 wurde zum erstenmal der Präsident der Republik gewählt. Durch mehr als zwei Jahre also hat sich das neue Oesterreich ohne Staatsoberhaupt zu behelfen gewußt, und wir Sozialdemokraten haben das durchaus als keinen Mangel empfunden, so wie wir es auch als höchst überflüssig betrachten, unser kleines Land in einen Bundesstaat zu verwandeln.

Als diese Umwandlung von den bürgerlichen Parteien gegen unsre Stimmen durchgesetzt wurde, mußte die sozialdemokratische Fraktion der konstituierenden Nationalversammlung alle Kraft aufwenden, um zu verhindern, daß dadurch dem demokratischen Geist Abbruch geschehe, von welchem die erste vorläufige Verfassung der Republik durchdrungen ist. Diese Verfassung hat Oesterreich zum politisch freiesten Land der Welt gemacht, wenn man überhaupt ein Land frei nennen darf, das in die drückendste wirtschaftliche Abhängigkeit von seinen Besiegern geraten ist.

Bei Errichtung der endgültigen Verfassung ist aber das Streben der bürgerlichen Parteien deutlich zum Ausdruck gekommen, die erst so gewaltige Macht der Arbeiterschaft zu brechen, und den besitzenden Klassen wiederum das politische Uebergewicht zu sichern. In dem Bundesstaat, den die Bürgerlichen anstrebten, sollte den einzelnen Ländern, denen in der Monarchie trotz ihrer aus alten Zeiten überkommenen Landtage doch nur die Bedeutung von Provinzen zugekommen war, selbständige Regierungen gegeben und diese von der Staatsregierung und dem Staatsparlament möglichst unabhängig gemacht werden. Den Provinzlandtagen aber sollten nun die wichtigsten Fragen zur Entscheidung anheimgegeben werden, so die Ernährungsangelegenheiten, der Ausbau der Wasserkräfte, Fragen des Arbeiterschutzes und des Schulwesens, und an die Seite des Staatsparlamentes, in welchem seit dem Umsturz die ganze Souveränität vereinigt war, sollte eine Vertretung der einzelnen Landtage, der Bundesrat genannt, als erste Kammer treten. Diese neue Körperschaft wollten die bürgerlichen Parteien mit weitestgehenden Machtbefugnissen ausstatten, so daß dadurch eine völlige Umkehrung der bestehenden freiheitlichen Verfassung stattgefunden hätte.

Während die provisorische Verfassung bestimmte, daß das Parlament nur durch eigenen Beschluß vertagt oder aufgelöst werden kann und im letzteren Falle selbst den Termin der Neuwahlen und des Zusammentretens des neugewählten Hauses festzusetzen hat, ferner daß durch das Parlament die Regierung gewählt und abgesetzt wird, das Parlament allein das Recht hat, über Krieg und Frieden zu entscheiden und ihm allein die oberste Befehlshabergewalt über das Heer zukommt, sollte nach dem Verfassungsplan der beiden bürgerlichen Parteien Regierungsvorlagen nur mit Zustimmung des Bundesrates im Parlament eingebracht werden dürfen. Wenn bei einem Gesetz die Zustimmung beider Häuser nicht zu erzielen wäre, so sollte dieses Gesetz als abgelehnt gelten.

Dem freiheitlichen Geiste der provisorischen Verfassung entsprach es vollkommen, daß wir auf ein Staatsoberhaupt verzichteten und dem Präsidenten der Nationalversammlung die Vertretung der Republik nach außen hin übertrugen.

Die provisorische Verfassung war aber unter dem unmittelbaren Eindruck der Revolution zustande gekommen. Sie spiegelte die fast uneingeschränkte Macht wider, die die Sozialdemokratie nach dem Umsturz an sich gerissen hat. Diese Macht wurzelte in den Industriegebieten, vor allem aber in Wien, dessen unbedingter Führung sich das ganze, durch den Zusammenbruch schwer erschütterte und verängstigte Land damals anvertraut hatte.

Später aber hat sich das Bürger- und Bauerntum allmählich vom ersten lähmenden Schrecken erholt und sich zum Widerstand gegen die Arbeiterklasse organisiert. Die definitive Verfassung aber, welche nach schweren Kämpfen in der Konstituierenden Nationalversammlung zustande kam, konnte nichts andres sein als eine Widerspiegelung der Machtverhältnisse, wie sie sich nach Ablauf von einem und einem halben Jahre seit der Revolution in Oesterreich gestaltet haben.

In diesem Spiegel aber können wir es deutlich sehen, daß es der Sozialdemokratie, obwohl sie seither empfindlich an Macht eingebüßt hat, nichtsdestoweniger doch gelungen ist, alle vom Bürgertum geplanten Attentate auf die Demokratie unsres Landes abzuwehren, wenn sie auch nicht umhin konnte, gewisse Konzessionen an die Eitelkeit des Bürgertums zu machen, zu denen sie sich in den ersten Monaten des Bestandes der Republik nicht verstanden hätte.

Die Sozialdemokratie hat dem Streben der beiden bürgerlichen Parteien, Oesterreich in einen Bundesstaat zu verwandeln, auch darum mit voller Kraft widerstanden, weil sie in einer solchen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210105/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Umwandlung eine Erschwerung für den von ihr so heiß ersehnten Anschluß an das Deutsche Reich erblickt. Sie hat aber auch sofort erkannt, daß sich hinter den Vorschlägen der Bürgerlichen die Absicht verbarg, die Macht des sozialdemokratischen Wien durch die des reaktionären flachen Landes zu brechen.

Diese Absicht trat am deutlichsten in den Vorschlägen zutage, welche die Bürgerlichen in bezug auf die Zusammensetzung des Bundesrates machten. Danach sollte nicht die Bevölkerungszahl jedes Bundeslandes für die Zahl der Abgeordneten, die es in den Bundesrat zu entsenden hätte, entscheidend sein, sondern jedem Lande sollen gleichviel Mandate zukommen. Das Gebirgsländchen Vorarlberg z. B. mit seinen 137 000 Einwohnern, sollte ebensoviele Vertreter haben als Wien, das 1 800 000 Einwohner, das ist ein Drittel der Gesamteinwohnerzahl Oesterreichs, umfaßt.

Das Bestreben der Sozialdemokraten, denen es nicht gelang, die Schaffung einer Bundesverfassung und die Wahl eines Bundespräsidenten zu verhindern, mußte nun dahingehen, diesen beiden Faktoren möglichst wenig Bedeutung einzuräumen und hierin errangen sie einen entscheidenden Erfolg.

Die neue Verfassung, die schließlich zustande kam, gibt den Bundesländern nicht das Uebergewicht über Wien, sondern bewirkt, daß im Bundesrat das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien genau so zum Ausdruck kommt wie in der Nationalversammlung, die jetzt Nationalrat heißt. Die Befugnisse des Bundes sind geringe. Es steht ihm das Recht zu, gegen ein vom Nationalrat beschlossenes Gesetz binnen acht Wochen Einspruch zu erheben. In diesem Falle hat der Nationalrat das Gesetz noch einmal zu behandeln und bleibt er bei dem schon einmal gefaßten Beschlusse, so tritt das Gesetz ohne weiteres in Kraft.

Der Präsident der Republik geht nach der neuen Verfassung nicht aus einer allgemeinen Volkswahl hervor, wie es die Bürgerlichen wollten, sondern es hat ihn die Bundesversammlung, das ist eine gemeinsame Tagung der beiden Kammern, zu wählen. Die Befugnisse des Präsidenten gehen nicht über diejenigen hinaus, welche dem Präsidenten der Konstituierenden Nationalversammlung zukamen. Er hat gleichfalls die Republik nach außen hin zu vertreten, und unter Begnadigungsakte seinen Namen zu setzen. Die Regierung zu ernennen oder das Haus aufzulösen, kommt ihm nicht zu.

Die uneingestandene Absicht der bürgerlichen Parteien, mit Hilfe einer Ersten Kammer die sozialpolitische Gesetzgebung zu hemmen, konnten sie ebensowenig durchführen, als die offen eingestandene, das einheitliche Wirtschaftsgebiet unsres kleinen Staates in Stücke zu zerreißen. Ueber einen außerordentlich wichtigen Punkt konnte allerdings zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien keine Einigung erzielt werden. Die Frage des Schulwesens mußte aus dem Verfassungsentwurf ausgeschieden und der Beschlußfassung im neuen Hause vorbehalten werden. In diesem werden die Vertreter der Arbeiterschaft dafür zu sorgen haben, daß die Schule eine Sache der Staatsgesetzgebung bleibe und nicht, wie es die Bürgerlichen planen, den einzelnen reaktionären Landtagen überantwortet werde.

Die Regierung der Agrarier.

Die deutschen Agrarier schreiten von Sieg zu Sieg. In der unerhörtesten Weise haben sie durch Zurückhaltung des Getreides, durch die schwerste andauernde Verletzung ihrer Ablieferungspflicht die Ernährung Deutschlands bis zur Katastrophe getrieben. In Massen muß das teure Auslandsgetreide eingeführt werden, das den Brotpreis unmenschlich in die Höhe treibt, damit die Landwirte ihre Schweine mit Brotgetreide und Milch füttern und Zentner auf Zentner des Brotkorns zu Schleichhandelspreisen verschieben können. Die Regierung, in der die Stinnesparteiler den Ton angeben, hat nicht gewagt, irgend etwas Ernsthaftes gegen die frondierenden und wuchernden Landwirte zu unternehmen. Aber sie hat sich jetzt wahrhaftig überzeugt, daß es so nicht mehr weitergeht. Sie will daher die Zwangswirtschaft für das Brotgetreide „ändern". Das bedeutet natürlich bei dieser Regierung immer, daß sie den Forderungen der Agrarier weiter entgegenkommen will. Die Aenderung der Zwangswirtschaft soll ihre Lockerung bedeuten. Wie es die Agrarier schon längst verlangen, soll also künftig „ein Teil des Brotgetreides" zur Ernährung der Bevölkerung „sichergestellt" werden, der „Rest" aber soll durch die landwirtschaftlichen Verbände und Genossenschaften dem freien Handel zugeführt werden. Reichswirtschaftsrat und Reichsgetreidestelle sollen dieser „neuen Ordnung" nicht abgeneigt sein.

Das wäre also eine neue Kapitulation der Regierung vor den Agrariern. Wie die Bevölkerung bei dieser neuen Ordnung fahren wird, das läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen mit den Lockerungen der Zwangswirtschaft schon voraussehen. Es kommt eine neue Schröpfung der Bevölkerung und eine neue Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung heraus. Und die Agrarier werden immer neue unverschämte Forderungen stellen, da sie sehen, wie prompt die Regierung ihnen ihre Sabotage der Volksernährung mit neuen Zugeständnissen honoriert.

Wie die Arbeiterschaft betrogen wird.

Bei den im Juli des vergangenen Jahres stattgefundenen Verhandlungen in Spa war vereinbart worden, daß für jede Tonne Kohle, die Deutschland an die Ententestaaten lieferte, eine Prämie von 5 Goldmark zur Anschaffung von Lebensmitteln für die Bergarbeiter bar zu zahlen sei. Außerdem sollte Deutschland sogenannte Vorschüsse in der Höhe der Differenz bis zu dem wesentlich höheren Weltmarktspreis der Kohle erhalten. Die Kohlenlieferungen setzten bekanntlich sehr gut ein, aber die Zuwendungen an die Bergarbeiter waren verhältnismäßig gering. Schon ein flüchtiger Ueberschlag zeigte, daß die den Bergleuten gewährten Vergünstigungen nicht entfernt die Erträge aus der Fünf-Goldmarkprämie erschöpften. Unter den Bergarbeitern entstand eine begreifliche Unruhe, die im November zu einer Anfrage an die Regierung führte. Der Außenminister Dr. Simons erklärte damals, die vorgesehene Verwendung der Vorschüsse und Prämien zugunsten der Bergarbeiter sei dadurch unmöglich gemacht worden, daß Deutschlands Gegner auf der Vorausbezahlung in fremden Devisen derjenigen Saldi bestanden hätten, die bei der Berechnung der Forderungen aus der Vorkriegszeit zu unsern Ungunsten entstanden sind.

Dr. Simons behauptete also damals, daß die beabsichtigte Verwendung der Prämie durch die Gegner Deutschlands unmöglich gemacht worden sei. Wenige Tage später erklärte — im Widerspruch mit der Antwort des Ministers — das Regierungsblatt, die Deutsche Allgemeine Zeitung, auf Grund „authentischer Zahlen", daß für die Bergarbeiter schon mehr aufgewendet worden sei als rechnungsmäßig notwendig wäre. Das Regierungsblatt behauptete, daß Frankreich bis damals an Prämien 19,1 Mill. Frank, Belgien 5,8 Mill. belgische Frank gezahlt habe. Der Gegenwert dieser Summen sei mit 115,3 Mill. Papiermark restlos für Ernährungszulagen an die Bergarbeiter verwandt worden, ja, die Regierung habe sogar erheblich höhere Beträge dafür aufgewendet. In der Freiheit, unserm Berliner Parteiblatt, wurde schon vor Weihnachten von unterrichteter Seite nachgewiesen, daß die mitgeteilten Zahlen des Regierungsblattes falsch seien. Es wurde festgestellt, daß allein von Frankreich im August 19,1 Millionen, im September 17,6 Millionen, im Oktober 20,7 Millionen, in den ersten drei Monaten insgesamt 47,4 Mill. Frank gezahlt worden sind, ungerechnet der von Belgien und Italien gezahlten Summen. Gleichzeitig behauptete im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten der französische Ministerpräsident Leygues, daß von den großen Vorschüssen der Alliierten an Deutschland nichts zu den gedachten Zwecken verwendet worden sei. Diese Summen seien vielmehr zu gewissen Transaktionen des deutschen Finanzministeriums benützt worden.

Die Freiheit stellte damals fest, daß die deutsche Regierung die Geldprämien und Vorschüsse gern dazu benutzte, ihr sehr lästige Verpflichtungen loszuwerden. Deutschland muß nämlich aus der Verrechnung der sogenannten Vorkriegsschulden, die aus der gegenseitigen Beschlagnahme feindlicher Vermögen erwachsen waren, bedeutende Beträge zahlen. Da es sein Papiergeld dafür nicht gut los werden konnte, zahlte es einfach mit den Goldprämien und Vorschüssen auf Kohle. Die Geschädigten sind die deutschen Bergarbeiter. Im Interesse der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft — denn von der Besserung der Lebensverhältnisse der Bergarbeiter hängt natürlich die erhöhte Kohlenförderung und die bessere Versorgung der Industrie mit Kohle ab — hatte darum die Freiheit eine scharfe Kontrolle über die Verwendung der Geldprämien und Vorschüsse gefordert.

Die Regierung ist die Antwort auf die erhobenen Anschuldigungen bis heute schuldig geblieben. Durch ihr Schweigen hat sie selbstverständlich das Mißtrauen der Bergarbeiter und die Unruhe unter den Bergleuten gesteigert. Unterdessen fährt die Regierung — wie die Freiheit jetzt schreibt — fort, die aus den Goldprämien fließenden Summen weiter in vertragswidriger Weise zu verwenden. Sie benutzt diese Summen, um große Mengen Brotgetreide zu außerordentlich hohen Preisen im Auslande zukaufen. Die riesige Einfuhr von Brotgetreide ist deshalb zur Fortgewährung der jetzigen Brotration notwendig geworden, weil durch die gewaltig zurückgegangenen Ablieferungen der deutschen Getreideproduzenten die Versorgung der Bevölkerung mit Brot aufs ärgste gefährdet ist. Die Agrarier beharren im Lieferungsstreik, um durch die Zurückhaltung ihrer Vorräte die Regierung zur Gewährung hoher Ablieferungsprämien zu zwingen, ihnen die Profite weiter zu erhöhen. Auch verfüttern sie Brotgetreide in großen Mengen, weil die Viehzucht bei den hohen Vieh- und Fleischpreisen ganz besonders lohnend ist. Pflicht der Regierung wäre es, die widerspenstigen Agrarier mit allen verfügbaren Machtmitteln zur Ablieferung der Getreidevorräte zu zwingen. Statt dessen nimmt sie die zur Besserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter bestimmten Gelder, um die durch den Lieferstreik entstehenden Ausfall durch riesige Käufe teuren Auslandsgetreides zu decken. So drückt sie sich um die Pflicht, mit Zwangsmaßnahmen gegen die profithungrigen Agrarier vorzugehen, herum. Sie schädigt also die Interessen der Bergarbeiter und der Allgemeinheit, um den landwirtschaftlichen Produzenten Liebesdienste leisten zu können. Den Agrariern erwächst außerdem aus dieser Wirtschaft noch der weitere Vorteil, daß ihre Bestrebungen, die Brotgetreidepreise den hohen Weltmarktspreisen anzupassen, gefördert werden. Die Gefahr der weiteren Erhöhung der Brotpreise rückt immer näher.

Nicht nur die unmittelbar betroffenen Bergarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft hat darum das größte Interesse daran, daß mit dieser Wirtschaft Schluß gemacht wird. Durch die Untersuchungen einer internationalen Kommission ist bestätigt worden, daß die Ernährungs- und Bekleidungsverhältnisse der Bergarbeiter dringend der Besserung bedürfen. Die Goldprämien müssen unbedingt, wie es vorgesehen ist, für diesen Zweck verwendet werden. Erst dadurch wird es möglich, die Kohlenproduktion so zu steigern, daß eine bessere Versorgung der Industrie mit Kohle und eine Belebung der Industrie erfolgen kann. Deshalb hat die gesamte Arbeiterschaft das größte Interesse daran, daß der unzulässigen Verwendung der Goldprämien ein Ende gemacht wird, zumal auch die jetzige Mißwirtschaft obendrein in absehbarer Zeit zu einem vollständigen Zusammenbruch der Brotgetreideversorgung führen muß.

•

Keine Prämienzahlung mehr?

Paris, 4. Januar. (TU.) Es ist hier die Rede davon, das **Uebereinkommen von Spa bezüglich der Kohlenprämie nicht zu erneuern. Die inneren und äußeren Voraussetzungen, die bewirkt hätten, daß die Prämien von 5 Goldmark pro Tonne angenommen wurde, hätten sich verändert.** Es wird auch geltend gemacht, daß **die 5 Mk. Goldprämie nicht, wie beabsichtigt, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse und sonstigen Bedürfnisse der Bergarbeiter verwendet worden seien.**

Die gefesselten Horty-Henker.

Was die empörten Proteste des klassenbewußten Proletariats und der anständig denkenden Intellektuellen Europas nicht erreicht haben, die ungarischen Blutsäufer von dem Vorhaben abzubringen, die in ihre Hände gefallenen Volkskommissare zu meucheln, das hat eine Drohung erwirkt, die die russische Regierung an die Adresse der Horty-Banditen gelangen ließ. Sie konnte diese Drohung aussprechen, weil sich in ihren Händen noch eine ganze Anzahl ungarischer Kriegsgefangener befindet. Aus ihnen hat sie eine Reihe von **hochadligen Offizieren** herausgegriffen und als **Geiseln festgesetzt.** In einem Funkspruch hat Tschitscherin der ungarischen Mordbande mitgeteilt, daß diese ungarischen Offiziere dasselbe Schicksal erleiden werden, wie die „verurteilten Volkskommissare". Darauf hat sich der ungarische Minister des Aeußern, Teleki, beeilt, ihm mitzuteilen, daß die ungarische Regierung bereit sei, **Verhandlungen** über den Gegenstand mit Rußland einzuleiten. Am 2. Januar hat Tschitscherin in einer Note diesen Verhandlungsvorschlag angenommen. Als Verhandlungsort ist Reval, als Unterhändler der Russen Litwinow in Aussicht genommen. Die Verhandlungen sollen auf einen Austausch der Volkskommissare und der verhafteten Offiziere abzielen.

Die ungarische Henkerregierung ist also diesmal an der Ausführung ihrer Mordpläne verhindert worden. Sie sucht aus der Not eine Tugend zu machen und läßt im Auslande verbreiten, daß sie ohnehin geneigt gewesen sei, die Hinrichtung wegen des schlechten Eindrucks in Europa zu unterlassen, aber eine volle Amnestie würde angeblich auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen, die unter Umständen ihren Lynchgelüsten keinen Zwang auferlegt hätte. Unter der Bevölkerung sind hier natürlich die militärischen Mordbanditen unter der Führung von Hejas und andern Bestien zu verstehen, die die Duzfreunde des Horty sind.

• • •

Aus der Urteilsbegründung in dem Schandprozeß ist als besonders bemerkenswert noch hervorzuheben, daß Agostons hohe wissenschaftliche Bildung und Bokanys mehr als 30jährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung als erschwerende Umstände angesehen und zur Begründung des Todesurteils für beide angeführt wurden. Von den zehn „Verteidigern" waren zur Urteilsverkündung nur drei erschienen. Die ungarischen Blätter dürfen über das Urteil nicht schreiben. Ebenso wird die Nachricht über die Verhandlungen mit Sowjetrußland in Ungarn unterdrückt.

Nach der Verkündung des Todesurteils meldete sich Agoston zum Worte und erklärte:

„Ich habe eine Bitte an das Gericht. Es ist uns bekannt geworden, daß die russische Sowjetregierung viele kriegsgefangene ungarische Offiziere verhaftet und der ungarischen Regierung mitgeteilt hat, sie werde diesen Geiseln dasselbe Schicksal zuteil werden lassen, das uns bereitet wird. Ich bitte in meinem Namen und im Namen meiner mit mir verurteilten Genossen, der Minister möge die russische Regierung ersuchen, dieses Mittel nicht anzuwenden, weil es unsrer Ueberzeugung widerspricht, daß unsertwegen Unschuldige bestraft werden sollen."

Die Lügenpresse des Horty hat diese mannhafte Erklärung in eine Bitte um Gnade umgefälscht.

Natürlich genügt es nicht, den Hortybanditen die Volkskommissare zu entreißen — Tausende von Arbeitern sind noch in der Hand dieser Bestien. Ihre Regierung muß gestürzt werden.

Riesenbetrug beim Waffenamt.

Die Feldzeugmeisterei hat, wie der Kölnischen Zeitung aus Essen berichtet wird, nun endlich zum Riesenbetrug beim Waffenamt auch das Wort genommen. Freilich nicht, um den Riesenbetrug klarzustellen, sondern die Angelegenheit als aufgebauscht hinzustellen und abzuschwächen. Was die Feldzeugmeisterei aber trotzdem noch mitteilt, genügt, um von einem großen Korruptionsherd zu sprechen. In dem Bericht der Kölnischen Zeitung heißt es:

„Noch bevor die Feldzeugmeisterei davon Kenntnis hatte, daß das Finanzamt Essen irgendwie mit der Sache befaßt war, wurde bereits im September vorigen Jahres bei der Staatsanwaltschaft I gegen Hering, der weder Abteilungschef noch Diplom-Ingenieur ist, Anzeige wegen Bestechung erstattet. Gleichzeitig wurde Hering am 23. September 1920 vom Amt suspendiert. Bei der nunmehr durch die Feldzeugmeisterei eingeleiteten Untersuchung wurde festgestellt, **daß Hering sich noch verschiedene andre Unregelmäßigkeiten hatte zuschulden kommen lassen.** Die ermittelten Tatsachen wurden jedesmal sofort der Staatsanwaltschaft weitergemeldet. Während dieser Ermittlung kam ein Beamter des Zollkommissariats, Emmerich, im Auftrage des Finanzamts Essen und teilte mit, daß gegen Meng Verdacht bestehe, Vermögen zum Zwecke der Steuerhinterziehung ins Ausland verschoben zu haben, und erbat für die dortigen Ermittlungen eine Zusammenstellung über die der Firma Meng in Essen erteilten Aufträge. Seitdem hat die Feldzeugmeisterei in Gemeinschaft mit dem Finanzamt Essen an der Aufklärung der Sache gearbeitet. Sie hat auch dem Finanzamt Abschriften ihrer bei der Staatsanwaltschaft gestellten Anträge übermittelt. Die Angaben der Morgenpost über die Höhe des Schadens, welchen der Fiskus erlitten haben soll, sind stark übertrieben. Eine Summe von 45 Millionen Mark kommt auch nicht im entferntesten in Frage. Der Wert der Meng erteilten Aufträge erreicht bei weitem nicht die Höhe der angeblich verdienten Summen. Ebenso ist es vollkommen aus der Luft gegriffen, daß noch mehrere Abteilungschefs vom Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt in diese Angelegenheit verwickelt sind. Hering selbst war nur kurze Zeit aushilfsweise Referent, im übrigen war er Angestellter in mittlerer Stellung. Hering wurde seinerzeit von einem Truppenteil dem Amt zur Arbeitsleistung überwiesen. Aus seiner Stammrolle ging seine Vorstrafe nicht hervor. Ebenso phantastisch sind die Behauptungen, daß noch etwa zwanzig **Verhaftungen von vielfachen Millionären aus Essen und Umgegend und von früheren Abteilungschefs des Waffenamts bevorstehen.** Weitere Veröffentlichungen können, weil das Verfahren schwebt, zur Zeit nicht erfolgen."

Eine Ergänzung zu den Mitteilungen der Feldzeugmeisterei bietet das, was der Berliner Berichterstatter der Leipziger Neuesten über die Angelegenheit schreibt:

„Die Untersuchung gegen die in der Affäre Meng von der Wumba verwickelten Personen schreitet nur langsam vorwärts, da die Herbeischaffung der Belege, Rechnungen usw. der Wumba und der militärischen Beschaffungsstellen mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Das gesamte Material der 2000 Beschaffungsstellen, die es im Kriege gab, befindet sich bei der Oberrechnungskammer und dem Rechnungshofe. Infolgedessen bedarf es gewisser Zeit, um aus dem riesenhaften Material das Gesuchte herauszufinden. **Die Wumba, eine der größten militärischen Beschaffungsstellen, hatte bezeichnenderweise keine kaufmännische Geschäftsführung oder Buchführung.** Die Offerten gingen an die Wumba, die Aufträge erfolgten von getrennten militärischen Stellen, und die Verrechnung ging wiederum über besondere Militärkassen. Infolgedessen dürfte sich das gesamte Material kaum restlos beschaffen lassen. **Die verhafteten Essener Fabrikanten werden nach Berlin transportiert,** um hier den festgenommenen Beamten der Wumba gegenübergestellt zu werden. Bei den Nachforschungen über die Vergangenheit der Festgenommenen hat sich über Hering, der in dem Verdacht steht, zusammen mit Meng die Betrügereien bei der Wumba inszeniert zu haben, mancherlei Interessantes ergeben. Hering war früher Lehrer, ließ sich jedoch Betrügereien zuschulden kommen und wurde deshalb von seinem Posten entfernt. Merkwürdigerweise sind diese Vergehen nicht in die Stammrolle Herings aufgenommen worden, und so gelang es ihm, auf seinen Antrag zur Wumba versetzt zu werden. Die Nachprüfungen der Vermögensangaben des Lieferanten Meng werden zur Zeit noch fortgesetzt. **Meng hat in seiner Erklärung zum Reichsnotopfer ein Vermögen von 750 000 Mark angegeben, obwohl er in einer Essener G. m. b. H., die mit einem Kapital von 12 Millionen Mark gegründet worden ist, Hauptaktionär ist.** Die zuständigen Stellen nehmen an, daß Meng bereits einen großen Teil seines Vermögens in Sicherheit gebracht hat."

Der „verständnisvolle" Noske.

Aus Maerckers Revolutionserinnerungen.

Der ehemalige General Maercker, der es beim Kapp-Putsch mit keinem verderben wollte und sich dabei zwischen zwei Stühle setzte, hat Revolutionsmemoiren geschrieben, die jetzt bei K. J. Krehler in Leipzig erscheinen. Interessant ist das hohe Lob, das Herr Maercker für seinen ehemaligen Vorgesetzten Noske hat. Er rühmt an ihm recht gutes Verständnis für militärische Fragen und eine ausgezeichnete Kenntnis der Seele der Truppe — auch der Offiziere. Noske habe vollkommen eingesehen, „daß er von uns alten Offizieren keine Gesinnungsänderung erwarten könne".

Mit dieser „Kenntnis der Seele der Offiziere" hat es Noske bekanntlich dahin gebracht, daß er in den Kapptagen nicht ein einziges zuverlässiges Regiment besaß. Wie er das gemacht hat, das zeigt u. a. die folgende Mitteilung Maerckers:

Wie vorurteilslos Noske uns gegenüberstand, mag folgendes kleine Beispiel zeigen: Bei der Reichsregierung ging in der zweiten Januarhälfte von der Nordseefestung Borkum, deren Kommandant ich im ersten Kriegsjahre gewesen war, folgendes Telegramm des Soldatenrats ein:

„Wir halten es für unsre Pflicht, die Reichsregierung dringend vor dem dort befindlichen General Maercker, Kommandeur des Landesjägerkorps, zu warnen, der sich hier auf

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210105/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vorkum stets als Erzreaktionär schlimmster Sorte und als Herrenmensch erwiesen hat."

Noske steckte das Telegramm in einen Briefumschlag und schickte es mir als Geschenk zu."

Solche Noskegeschenke an Monarchisten sind dem deutschen Proletariat teuer zu stehen gekommen!

Ein Rechtssozialist als Stinneskuli.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, offiziöses Regierungs- und Stinnesorgan zugleich — der Kohlenkönig hat das Blatt bekanntlich gekauft — soll eine große politische Zeitung werden. Neben einem großen Format hat sie sich einen Rechtssozialisten als Redakteur zugelegt — den Staatssekretär a. D. Dr. Aug. Müller.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung ist die Fortsetzung der einstigen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, die in den fünfziger Jahren als angeblich demokratisches Blatt von dem roten Republikaner Braß gegründet wurde. Braß verkaufte sich der Reaktion und der Sozialdemokrat Wilhelm Liebknecht legte, als er davon Wind bekam, seine Stelle als Redakteur des Blattes nieder, obgleich er durch den Rücktritt vor das Nichts gestellt war. Karl Marx hat ein finanziell verlockendes Angebot, für dieses Blatt wirtschaftliche Artikel zu schreiben, trotz seiner großen Notlage ohne weiteres abgelehnt.

Herr Dr. Aug. Müller ist realpolitischer veranlagt. Er verschmäht das Geld des Herrn Stinnes nicht. Und seine Partei? Was sagen die Rechtssozialisten zu der Sache?

Und die Reichsregierung?

Der Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung hat am 16. Dezember beschlossen, der Landesversammlung eine Entschließung zu unterbreiten, in der die Regierung ersucht wird, von dem Vertrag mit der Deutschen Allgemeinen Zeitung zurückzutreten. Dazu erläßt der Ministerpräsident Braun eine Verfügung, daß wegen eines Aufsatzes „Bürgertum und Wahlen" in Nr. 625 der Deutschen Allgemeinen Zeitung der **Beschluß des Hauptausschusses der Landesversammlung sofort ausgeführt** werden soll. In dem Artikel der Deutschen Allgemeinen Zeitung war zum Wahlkampf des gesamten Bürgertums gegen die Sozialdemokratie aufgefordert. Der Ministerpräsident erklärt dazu, daß dadurch in gröblichster Weise die Grundlage des Vertrages, die in der Forderung einer geschickten und würdigen Vertretung der Politik der Staatsregierung bestehe, verletzt wird. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Absicht des erwähnten Aufsatzes darauf ausgehe, die gegenwärtige Staatsregierung, in der die sozialdemokratische Partei vertreten ist, anzugreifen und herabzusetzen. Der Ministerpräsident sagte in seiner Verfügung weiter wörtlich: „Es darf dabei erwähnt werden, daß der angeführte Artikel **keinen Einzelfall** darstelle, sondern nur ein allerdings **krasses Beispiel für die Tätigkeit der Stinnes-Gruppe** in der finanziell von ihr abhängigen Deutschen Allgemeinen Zeitung ist." Aus diesem Grunde sei es gerechtfertigt, von dem im § 11 des Vertrages vorgesehenen Vorhaltungen abzusehen und zur sofortigen Vertragskündigung zu schreiten, da der Verlag das Vertrauen der Staatsregierung verwirkt habe.

Die preußische Regierung hat also den Vertrag mit dem Blatt, das von Stinnes ausgehalten wird, gelöst. Nach wie vor bleibt aber das Stinnesorgan das offiziöse Blatt der Reichsregierung. Es ist bezeichnend, daß die Regierung des Deutschen Reiches anscheinend gar kein Empfinden dafür hat in welchem unwürdigen Verhältnis sie sich befindet. Soll durch das beharrliche Festhalten an diesem Zustand vielleicht dokumentiert werden, daß sich die Reichsregierung vollständig unter dem Kommando des allgewaltigen Stinnes befindet?

Die sozialistische Partei Frankreichs besteht weiter.

In großen Lettern verkündet der Populaire in seiner Nummer vom 1. Januar, daß die sozialistische Partei Frankreichs nach dem Ausscheiden der Kommunisten weiter besteht. Das Blatt veröffentlicht den folgenden Aufruf, der noch auf dem Kongresse von Tours beschlossen wurde:

Genossen! Kaum hat die Mehrheit des sozialistischen Kongresses von Tours ihren Beitritt zur kommunistischen Internationale beschlossen, so rief der Präsident der Sitzung aus: „Die kommunistische Partei ist gegründet!"

So wurde für uns völlige Klarheit hergestellt. Das war das Zugeständnis, daß die Mehrheit unsre sozialistische Partei in eine kommunistische Partei umgewandelt hat. Wir hatten uns seit Monaten bemüht, und wir hatten soeben auf dem Kongreß die ehrlichste Anstrengung gemacht, damit das Nichtwiedergutzumachende nicht geschehe. Wir hatten der Mehrheit sogar angeboten, wenigstens das aufrecht zu erhalten, was wir „die Einigkeit der Partei in der Aktion" nannten. Die vorbestimmte Mehrheit des Kongresses hat kurz entschlossen den Eintritt in die kommunistische Internationale ohne Vorbehalt beschlossen und hat, indem sie den Antrag Mistral verwarf, sich geweigert, unsre Einheit zu erhalten.

Sie hat das getan, wie auch alles vorbereitet worden war, auf Befehl und nach den Forderungen Moskaus, gegen die keine Einwendungen erlaubt sind.

Wir haben im Laufe der Debatten erfahren, daß ein geheimer Vertreter des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale befahl, was geschehen oder nicht geschehen sollte.

Der Kongreß hat endlich vom Exekutivkomitee ein für die freien französischen Sozialisten und das freie und stolze französische Proletariat beleidigendes Telegramm erhalten, das die Unterschriften Sinowjews und Lenins trug. Die Mehrheit hat sich geweigert, die Beleidigung zurückzuweisen.

Unsre Pflicht war danach klar. Wir haben sie festen Herzens erfüllt. Wir haben den Kongreßsaal verlassen, wir haben die Kommunisten ihren Kongreß abhalten lassen: Wir haben den der sozialistischen Partei fortgesetzt, der französischen Sektion der Arbeiterinternationale.

Das sind die Tatsachen.

Und dies ist jetzt die Wahrheit: **Wir sind die sozialistische Partei**, die im Jahre 1905 durch Jaurès Guesde und Vaillant geeinigt wurde. Wir sind es, die fortfahren, die Arbeiter zu organisieren, alle Arbeiter, in eine Klassenpartei, die die schnellstmögliche Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische Gesellschaft anstrebt.

Wir sind es, die wir ferner, wie bisher, für die internationale Einigkeit der Arbeiter wirken werden. Die sozialistische Partei war vor dem Kongreß, der sie umgewandelt hat, nach Bern gegangen, um dort die Konferenz von Wien vorzubereiten. Die sozialistische Partei die durch uns weiterlebt, wird am 22. Februar nach Wien gehen, um den völligen Wiederaufbau der Arbeiterinternationale vorzubereiten, einbegriffen die schon in der dritten Internationale organisierten Arbeiter.

Die Einigkeit des Sozialismus erfordert in der Tat eine einige Internationale. Wir werden ohne Verzug für diese Einigkeit arbeiten, ebenso wie wir die nationale Einigkeit wiederherzustellen wissen werden, indem wir eines kommenden Tages die kommunistischen Dissidenten wieder in die Reihen der sozialistischen Parteien zurückführen werden.

Genossen! Wir werden bald aufs neue Gelegenheit haben, zu euch zu sprechen . . . .

Zur Stunde genügt es uns, von euch zu fordern, eure Pflicht zu tun, indem ihr in der sozialistischen Partei bleibt oder ihr beitretet, deren Generalsekretär der Genosse Paul Faures ist . . .

Aber wir wollen euch heute noch sagen, daß noch eine andre Pflicht euch ruft. Ihr müßt den Hafenarbeitern und Seeleuten folgen, die auf das Geheiß der Gewerkschaftsinternationale sich weigern, Munition gegen das revolutionäre Rußland zu laden und zu transportieren; es ist an euch, euch ohne Verzug allen Unternehmungen der Bourgeoisie gegen die russische Republik entgegenzustellen; ihr habt euch bereit zu halten, alles zu tun, um die russische Revolution zu schützen, euch bereit zu halten, jedem Ruf eurer Organisationen zu folgen.

Arbeiter Frankreichs! Vereinigt euch in der sozialistischen Partei der französischen Sektion der Arbeiterinternationale!

Die ständige Verwaltungskommission der Partei.
Die sozialistische Parlamentsgruppe.

Die lettischen Sozialisten gegen Moskau.

Riga, 4. Januar. (TU.) Auf dem **Kongreß der lettischen Sozialisten-Partei in Riga**, an dem **150 Delegierte** teilnahmen, wurden die **21 Bedingungen der kommunistischen Internationale** mit allen Stimmen **gegen 13 abgelehnt**. Es wurde beschlossen, an der bevorstehenden **Konferenz in Wien teilzunehmen**.

Um die oberschlesische Abstimmung.

Die Reichsregierung hat in einem herrlichen nationalistischen Eifer es wieder einmal nicht abwarten können, ihr Klagelied über die Vergewaltigung durch die Entente auch in bezug auf das neue oberschlesische Abstimmungsreglement kundzugeben. Zwar kennt noch niemand den Wortlaut dieses Abstimmungsreglements, es liegen noch nicht einmal amtliche Nachrichten darüber vor, aber die deutsche Regierung schimpft lustig darauf los und suggeriert auch der Presse ihre voreiligen Beschwerden. Die Ententekommission hat danach selbstverständlich alles nach den polnischen Wünschen geregelt. Die Festsetzung des Stichtages auf den 1. Januar 1904 wird von der Regierung als eine besondere Schikane gegen die deutsche Bevölkerung erklärt. Einen Beweis dafür hat die Regierung zwar noch nicht erbracht, denn sie kennt nicht einmal die Zahlen der polnisch sprechenden und der deutsch sprechenden Oberschlesier, die dadurch ihr Abstimmungsrecht verlieren. Sie kann also gar nicht beurteilen, ob diese Maßnahme für uns günstig oder ungünstig ist. Aber was macht das, man behauptet umso energischer, daß auch die Zusammenlegung der Gutsbezirke für uns nachteilig sei. Bisher hieß es in der oberschlesischen Propaganda immer, je kleiner der Gutsbezirk, desto nachteiliger für uns, weil der Terror um so wirksamer sei. Jetzt wo die Ententekommission die kleineren Gutsbezirke den größeren anschließt, ist das selbstverständlich eine böswillige Maßnahme gegen das deutsche Interesse. Man kann sich nicht wundern, wenn diese leichtfertige und unsachgemäße Propaganda der deutschen Regierung dazu beiträgt, die objektive Haltung der Ententekommission ungünstig zu beeinflussen.

* * *

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Korrespondent der Vossischen Zeitung meldet aus Brüssel: Ueber den Inhalt des Abstimmungsreglements für Oberschlesien, dessen Veröffentlichung durch die interalliierte Kommission bevorsteht, erfährt man noch, daß das 2. Kapitel die für **die Abstimmung gestellten Behörden bestimmt**. Im Artikel 11 werden von der Regierungskommission als solche benannt: in jeder Gemeinde der **politische Gemeindeausschuß** für die Abstimmung, in jedem Kreis das **interalliierte Kreisbureau** für die Abstimmung. Diese Behörde ist befugt, von den zuständigen Regierungsstellen alle erforderlichen Auskünfte einzuholen und die Mitteilung aller in Betracht kommenden Verordnungen zu verlangen. Das internationale Bureau, von dem in Artikel 19 die Rede ist, setzt sich aus drei Beamten zusammen, die den verschiedenen in der Kommission vertretenen Mächten angehören. Unter diesen Beamten befindet sich der Kreiskontrolleur, dem der Vorsitz zusteht. Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen. Je ein Vertreter der deutschen und der polnischen Parteien nehmen als beratende Mitglieder teil. Zu diesem Zwecke wählt jede Partei unter Genehmigung der Regierungskommission ein ordentliches Mitglied und zwei Stellvertreter.

Zur Eisenbahnerbewegung.

Der Sechzehner-Ausschuß der Vereinigten Eisenbahnerverbände erläßt folgenden Aufruf an die Eisenbahner:

„Die Regierung hat die Bereitwilligkeit ausgesprochen, innerhalb der Grenze des Möglichen alles zu tun, um die Notlage der Beamten und Arbeiterschaft zu beheben. Die Regierung ist auch gewillt, die Verhandlungen mit besten Kräften zu beschleunigen und im Benehmen mit den Ländern so rasch wie möglich eine Vorlage an den Reichstag zu bringen, der sie gleichfalls vorzugsweise verabschieden wird. Wir fordern sämtliche Eisenbahner auf, das Zustandekommen befriedigender Vereinbarungen jetzt nicht zu stören und deshalb Aktionen zu unterlassen."

Deutscher Eisenbahner-Verband, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteten, Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Meldungen über die Urabstimmung, die bisher bei den Eisenbahnern vorgenommen wurden, ergaben fast aus allen Gegenden 85 Prozent der Beamten, die mit „Ja" für den Streik stimmen.

Magdeburg, 4. Januar. Die Mitgliederzahl der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und Anwärter beträgt im Direktionsbezirk Magdeburg 13 597. Abgestimmt haben davon 96 v. H. Zu der ersten Frage, ob sie mit den Beschlüssen des Reichstages einverstanden sind, haben 94 v. H. mit nein gestimmt, zu der zweiten Frage, ob das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Streik, angewendet werden soll, 82 v. H. mit ja.

Koblenz, 5. Januar. (TU.) Die in den besetzten rheinischen und pfälzischen Städten vorgenommene Urabstimmung der Eisenbahner ergab 80 Prozent Mehrheit für den Streik. Die interalliierte Rheinlandkommission wird bei einem Streik der deutschen Eisenbahner über das Okkupationsgebiet sofort den Belagerungszustand verhängen und auf Grund der Bestimmungen desselben den Eisenbahnern das Streikrecht entziehen.

General Wrangel in Berlin.

Berlin, 5. Januar. General Wrangel, der Führer der südrussischen weißen Garden, ist in Berlin eingetroffen und im Hotel Kontinental abgestiegen.

Ein kommunistisches Angebot?

Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, ist dem braunschweigischen Staatsministerium bekanntgeworden, daß die Abdankungsurkunde des Herzogs Ernst August von Braunschweig vom 7. November 1918 dem herzoglichen Hause in Gmunden zum Kaufe angeboten worden ist. Die Nachforschungen hätten ergeben, daß das Angebot von dem früheren Präsidenten des Freistaates Braunschweig, dem Schneider August Merges, dem jetzigen Besitzer der Urkunde ausgegangen sei.

Obs wahr ist? Wir verzeichnen die Meldung mit allem Vorbehalt. — Merges ist ein fanatischer Konfusionär, aber als skrupellosen Geschäftemacher haben wir ihn bisher nicht kennen gelernt.

Deutschland.

Politische Prozesse.

Am 5. November erschien in der Roten Fahne ein von Sinowjew unterzeichneter Aufruf an die Proletarier aller Länder, in dem dazu aufgefordert wurde, Munitionszüge der Feinde Sowjetrußlands in die Luft zu sprengen und die bürgerlichen Offiziere unschädlich zu machen. Wegen dieses Artikels wurde der Redakteur der Roten Fahne, Schäfer, wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz vom Landgericht zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. — Wie die Berliner Freiheit mitteilt, findet ferner vor der Strafkammer des Landgerichts I heute der Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der Freiheit, Genossen Liebschütz, statt. Genosse Liebschütz ist der Uebertretung des berüchtigten § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten) angeklagt. Das Vergehen wird in einem Artikel Stöckers, der anläßlich der Auseinandersetzungen über den Anschluß an Moskau in der Freiheit erschien, gefunden.

Ein Extra-Richter für die Hohenzollern-Schieber.

In der Strafsache gegen die Bankfirma Philippsohn, Grunier u. Co., wegen Kapitalverschiebung sind neuerdings die frühere deutsche Kronprinzessin, Prinz Oskar und andere Mitglieder des Hauses Hohenzollern als Zeugen vernommen worden. Die Ermittelungen leiten der Oberstaatsanwalt Krause und der Erste Staatsanwalt v. Clausewitz. In der Vossischen Zeitung wird das als befremdlich bezeichnet, weil doch der Spezialreferent für Kapitalverschiebungen Staatsanwalt Messerschmidt dafür zuständig sei. Man scheine die ganze Angelegenheit **politisch aufziehen zu wollen**.

Es darf doch nichts gefunden werden, was dem monarchistischen Gedanken in der Republik Deutschland schädigen könnte!

Ein Hochstapler in der Politik.

Wie aus Berlin berichtet wird, ist es der Berliner Polizei gelungen, einen Hochstapler Namens Oerthel zu entlarven, der unter dem Namen Freiherr v. Galofstein große Betrügereien verübt hat. Nach der Revolution gelang es ihm mittels falscher Papiere sich zum Soldatenrat in Dresden und darauf zum Kommandanten des hauptsächlich mit französischen und belgischen Offizieren belegten Gefangenenlagers Holzminden zu machen. In Begleitung einiger französischer Offiziere fuhr er zu Marschall Foch, wurde von diesem empfangen und erhielt ein Empfehlungsschreiben an den französischen General Dupont in Berlin. Hier wurde ihm die Fürsorge für die französischen Kriegsgefangenen übertragen. Er wurde damit Mitglied der alliierten Kommission und wurde zur Führung offizieller Verhandlungen nach Bukarest geschickt. Bei einer versuchten Kokainverschiebung wurde er schließlich festgenommen und als Schwindler entlarvt.

*

Bethmann Hollwegs Betrachtungen zum Weltkrieg. v. Bethmann Hollweg hat den zweiten Band seiner Betrachtungen zum Weltkriege, an dessen Vollendung er bis in die letzten Tage gearbeitet hat, in allen wesentlichen Teilen fertiggestellt.

Erzbergers Steuerangelegenheit. Nach Meldung einer Zeitungskorrespondenz hat die Finanzverwaltung die von ihr bearbeiteten Steuerakten Erzbergers an die Staatsanwaltschaft weitergegeben, die die weitere Untersuchung führen wird.

Rom und München. In einem Schreiben des Papstes an den bayerischen Bischof wird erklärt, daß die päpstliche Gesandtschaft in München auch in Zukunft bestehen bleibt, „um weiter beizutragen zur Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem katholischen Bayern und dem heiligen Stuhl".

Kleine Auslandsnachrichten.

Der rollende Dollar bei der Präsidentenwahl.

Ein Mitarbeiter der amerikanischen Zeitschrift Forum hat die Gesamtkosten, die die Wahl des amerikanischen Präsidenten jedesmal erfordert, auf 135 Millionen Dollar berechnet. Gewaltige Unterschiede zeigen die persönlichen Aufwendungen des Kandidaten für die Wahlkampagne; sie schwanken zwischen 50 000 und 16½ Millionen Dollar. Der letztgenannte Betrag stellt die Kostenrechnung Mc Kinleys dar. Lincoln war der sparsamste in der Reihe der erfolgreichen Kandidaten. „Mit Hilfe des Geldes will ich nicht in den Ring eintreten," schrieb er einmal, „denn erstens ist es unmoralisch, und zum andern kann ich auch das erforderliche Geld nicht aufbringen."

Mit dieser Anschauung dürfte Lincoln, der 1861 zum Präsidenten gewählt wurde, unter den neuzeitlichen nordamerikanischen Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten bürgerlicher Couleur so ziemlich allein stehen.

Neue Bombenattentate in Spanien. Aus Cartagena, Sevilla und Cadiz werden Bombenattentate gemeldet. Opfer an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Attentat auf einen englischen Polizeioffizier. Aus Bagdad wird gemeldet: Der Leiter der Polizei, ein englischer Offizier, wurde am Weihnachtstage in der Hauptstraße Bagdads von einem Araber erschossen. Die Gärung gegen die Engländer nimmt täglich zu.

Ungarische Verschwörerbanden an der Arbeit. In Bukarest sind zwei ungarische Offiziere verhaftet worden, die an den Vorbereitungen zu einem Anschlage im Senat beteiligt gewesen sein sollen. Der rumänische Sicherheitsdienst in Temesvar ist bei der Untersuchung der Angelegenheit einer Spionage-Organisation auf die Spur gekommen, der unter Leitung eines Pfarrers Professoren und Beamte der früheren Verwaltung angehörten.

Nationalbolschewismus in Italien. Wie die römischen Blätter aus Mailand melden, wurde dort ein **Komplott zwischen Fasciti** (bürgerlichen Kampfbund) **und Anarchisten entdeckt**, dessen Ausführung mit dem Angriff der Regierungstruppen gegen Fiume zeitlich zusammenfallen sollte. Siebzehn Personen wurden verhaftet.

Von Nah und Fern.

Erdbeben in Italien.

TU **Rom**, 5. Januar. In Reggio Emilia wurden durch zwei **heftige Erdstöße eine große Anzahl Häuser beschädigt**. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Ein Passagierdampfer gescheitert.

Madrid, 4. Januar. Der **Dampfer Santa Isabel ist am** 2. Januar auf den Klippen von Villagarcia auf der Höhe der Insel Salvora **gescheitert**. Von Villagarcia sind zahlreiche Fahrzeuge ausgelaufen, um die Schiffbrüchigen zu retten. Bisher ist **ein Fahrzeug mit vierzig Geretteten zurückgekehrt**. Das Schiff **kam von den Kanarischen Inseln und hatte 200 Passagiere an Bord.**

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Leipzig

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210105/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.

Mittwoch, den 5. Januar 1921

4. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, braun)

Die Bohème.

Szenen aus Henry Murgers „Vie de Bohème" (Künstlerleben) in 4 Bildern von G. Giacosa und L. Illica, deutsch von L. Hartmann. Musik von Giacomo Puccini.

(Keine Ouvertüre.)

Musikalische Leitung: Professor Otto Lohse.

In Szene gesetzt von Karl Schäffer.

Personen: Rudolph, Poet, Schaunard, Musiker, Marcel, Maler, Collin, Philosoph, Freunde (Rudolf Jäger, Otto Saltzmann, Ernst Possony, Hans Müller); Mimi (Else Schulz-Dornburg); Musette (Hedwig Borchers); Bernard, der Hausherr (Emil Herbeling); Alcindor (Alfr. Voigt); Parpignol, Spielzeughändler (Karl Lang); Sergeant bei der Zollwache (Max Löw); Zollwächter (Ludwig Wippel, Hermann Weber).

Studenten, Näherinnen, Bürger, Verkäufer, Soldaten, Kellner, Kinder. Paris um 1830. 1. und 4. Bild: In der Mansarde, 2. Bild: Vor dem Café Momus im Quartier latin, 3. Bild: An der Barrière d'Enfer.

Pause nach dem . Bild.

Aenderungen vorbehalten.

Einfache Preise. Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende ungefähr 9½ Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Donnerstag, den 6. Januar: 5. Anrechts-Vorstellung (5. Folge, blau): Die Zauberflöte. Anfang 6½ Uhr.

Freitag, den 7. Januar: 6. Anrechts-Vorstellung (6. Folge, gelb): **Figaros Hochzeit.** Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.

Mittwoch, den 5. Januar 1921

Der kategorische Imperativ.

Lustspiel in 3 Akten und einem Vorspiel von Eduard von Bauernfeld. Bühneneinrichtung von Georg Altman.

In Szene gesetzt von Karl Huth.

Personen: Der Baron, Hofbankier (Wilhelm Walter); Gräfin Flora, sein Mündel (M. Otto-Morgenstern); Elise, deren Verwandte (Marianne Kupfer); Graf Sternthal, Bevollmächtigter für Sachsen (Alfr. Schlageter); von Wildenberg, Oberst in preußischen Diensten (Herbert Hübner); Lothar (Lutz Altschul); Peter (Artur Niklas); Ein Polizeikommissär (Gust. Colmar); Ein Bedienter (Rud. Blaeß). Schauplatz: Wien. — Zeit: März und Juli 1815.

Pause nach dem 2. Akt.

Aenderungen vorbehalten.

Einfache Preise.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 9½ Uhr.

Donnerstag, den 6. Januar, nachm. 3 Uhr: **Der gestiefelte Kater** (halbe Preise). Abends 7 Uhr: **Der Kaufmann von Venedig.**

Freitag, den 7. Januar, nachm. 3 Uhr: **Der gestiefelte Kater** (halbe Preise). Abends 7½ Uhr: **Menagerie.**

Der Einlaß von Besuchern in den Zuschauerraum des Neuen und Alten Theaters nach Beginn der Vorstellung ist verboten. Vor allen Dingen haben im Neuen Theater Besucher des ersten und zweiten Saalplatzes keinen Zutritt mehr zum vierten Saalplatz.

Ausführliche Tageszettel mit genauem und vollständigem Personenverzeichnis usw. sind nur bei den Schließern erhältlich.

Neues Operetten-Theater.

Bosestraße (Nachdruck verboten.) Fernruf 2464

Mittwoch, den 5. Januar 1921

Neuheit!

Fräulein Puck.

Schwank-Operette in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach. Musik von Walter Kollo.

In Szene gesetzt von Ludwig Habit.

Musikalische Leitung: Otto Findeisen.

Personen: Adolar, Graf Klaps von Klapperstein (Rudolf Ander); Heinz, sein Neffe (Ernst Badekow); Theobald, Graf Klaps von Klapperstein (Willy Burg); Adelgunde, seine Gemahlin (Emmy Navarra); Chlodomir, Graf Klaps von Klapperstein (Hermann Engelmann); Ottilie, seine Gemahlin (Anna Daniel); Baron Waldi, Heinz's Freund (Rudi Glaser); Suli Brandl, Schauspielerin (Therese Wiet); Frau Konsul Thea Kleid (Eva Döbler); Pieper, Direktor einer Filmfabrik (Joseph Trautmann); Ein Oberkellner (Karl Eichler); Ein Piccolo (Al. Zilling); Ein Stubenmädchen (Charlotte Schaedrich); Ein Diener (August Rothwold). Jagdgesellschaft, Film-Schauspieler und Film-Schauspielerinnen usw. Der 1. Akt spielt auf dem Schloß des Barons Waldi, der 2. und 3. Akt in einem holländischen Seebad.

Pause nach dem 1. und 2. Akt.

Aenderungen vorbehalten.

Einfache Preise. Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Donnerstag, den 6. Januar: Das Amerikagirl. Anfang 7 Uhr.

Freitag, den 7. Januar: Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverband (kein Kartenverkauf): Fräulein Puck. Anfang 7 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19 (Nachdruck verboten.) Fernruf 1060

Mittwoch, den 5. Januar 1921

Der böse Geist Lumpacivagabundus oder: Das liederliche Kleeblatt.

Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen von Johann Nestroy. In Szene gesetzt von Otto Werther. Musik von Adolf Müller. Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.

Personen: Stellaris, Feenkönig (Alfr. Wögel); Fortuna, Beherrscherin des Glückes (Käthe Harlen); Brillantine, ihre Tochter (Idea Vila); Amorosa, eine mächtige Fee, Beschützerin der wahren Liebe (Grete Doerpelkus); Mystifax, ein alter Zauberer (Curt Neukircher); Hilaris, sein Sohn (Hans Steudel); Fludribus, Sohn eines Magiers (Georg Antchüp); Lumpacivagabundus, ein böser Geist (Hans Merkel); Leim, ein Tischlergesell, Zwirn, ein Schneidergesell, Knieriem, ein Schustergesell, vagierende Handwerksburschen (Otto Stoeckel, Bernhard Wildenhain, Georg A. Koch); Pantsch, Wirt und Herbergsvater in Ulm (Alfred Einicke); Fassel, Oberknecht in einem Brauhause (Max Hofmann); Nannette, Tochter des Wirts (Lisa Markau); Sepherl, Hannerl, Kellnerinnen (Melanie Krüger-Michaelis, Emilie Winterberg); Ein Hausierer (Karl Walden); Ein Tischlergesell (Herbert Born); Ein Spaziergänger (Willi Auerbach); Strudl, Gastwirt zum goldenen Nockerl in Wien (Hans Merkel); Hobelmann, Tischlermeister in Wien (Adolf Braunstein); Peppi, seine Tochter (Käthe Franck-Witt).

Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 9½ Uhr.

Donnerstag, den 6. Januar: **Des Burschen Heimkehr.** Vorher: **Lottchens Geburtstag.** Anfang 7 Uhr.

Freitag, den 7. Januar: **Jekaterina Iwanowna.** Anfang 7 Uhr.

Volkshaus

Morgen Donnerstag, von abends ½7 Uhr an

Großes Volks-Ballfest

Sanssouci Morgen 7 Uhr: Der beliebte **Donnerstags-Ball!**

Battenberg

Varieté. Täglich abends ½8 Uhr: **Das Weltstadt-Varieté-Programm.** 10 erstklassige Varieté-Nummern.

Theater. Nachm. ¼4 Uhr: Vereinsvorstellung (Karten an der Tageskasse zu haben): **Lieschens Himmelfahrt.** Abends ½8 Uhr: **Steinerne Herzen.** Schauspiel von Schmidt und Hilmar. — Morgen: **Steinerne Herzen.**

Vorverk.: Tagesk. Zig.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Trauringe massiv Gold **Gustav Kaniss** Tauchaer Str. 6. |*

Ohne Geld nur durch monatlich. Miete gelangen Sie in d. Besitz v. **Beleuchtungs-Körper** Gaskocher, -Herde usw. **Leipziger Beleuchtungs-Zentrale** Nikolaistraße 25. |*

Kognak-Verschnitt Flasche ℳ 43.— **Rum-Verschnitt** Flasche ℳ 50.— |* empf. **L. O. Kaspar Nachf.** Plagwitz, Zschochersche Str. 30

Einen Friedenspreis für Ihre Schuhe erzielen Sie durch Tragen meiner **Gummisohlen** 3× haltbarer wie Ledersohlen 50 Prozent billiger. |* **Nur Bayersche Str. 20.**

Runkelrüben à Ztn. 14 Mk. bei größerer Abnahme noch etwas billiger. |* **Konsumverein Zwenkau.**

Offene Beine, Unterschenkelgeschwüre, Krampfaderschäden behandelt nach bewährter Methode **Apotheker Hauptmann,** L.-Gohlis, Marbachstraße 2. Straßenbahn 6. Sprechzeit 10—1, 3—5. Sonnt. vorm.

Haut-, Geschlechts- u. Harnleid., vorz. nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Dorl,** nicht approbiert, Mitgl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. |*

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern a. d. **Expedition** d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Krystall-Palast Theater Fernspr. 2071

Täglich abends ½8 Uhr: Das glänzende **Januar-Programm.**

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr **Der Riesen-Januar-Spielplan**

Orig. Chester Dieck Die größte Radsensation der Gegenwart — Direkt vom Ausland	**Gulnäre Hoyer** Primaballerina der Kgl. Oper in Stockholm — Einmaliges Gastspiel
Felix Silbers Erfolgr. Flügelhorn-Virt.	**Ritter & Knappe** Artistische Neuheit
2 Gezettis Equilibristische Neuheit	**Lino & Paul** Die lustigen Exzentriker
Gastspiel **Käthe Mann** I. Soubrette vom Trianon-Theater, Berlin	
2 Treblas Die bekannten Plastiker	**R. Torbino & Partnerin** Kom. Rollschuhakt
2 Lumars Kom. Akrobaten	**2 Junglas** Kom. Springakt

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 43543), Th. Althoff, Petersstr., Konsum-Verein, Karl-Heine-Str.

Felsenkeller

Morgen Donnerstag 7 Uhr die führende **Große Ballschau** mit Leipzigs anerkannt bestem **Tanzorchester.**

Sonntag, nachmittags 4 Uhr.

Voranzeige: Sonnabend, den 8. Januar **Preis-Tanz-Konkurrenz!**

Gesellschaftshaus Schönefeld

Donnerstag, 6. Januar, abends ½7 Uhr **Grosser Elite-Ball**

Endstation 17 — Volles Orchester — 9 Uhr Konter

Kammerspiele Telephon 12300 — Telephon 12300

Theater in der Elsterstraße 42.

Wegen Vorbereitungen zur Eröffnung der neuen Saison bis **7. Januar** geschlossen.

Erstklassiges Kabarett **„Libelle"**

Das gewählte **Januar-Programm**

Windmühlenstrasse 14

Birkenschlößchen, Wahren

Jeden Mittwoch: Großer Ball

Es ladet ergebenst ein Otto Lehmicke.

Für Vereine Saal wochentags frei.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig

Volkshaus (Saalgebäude). Geschäftszeit: 8—10 Uhr vormittags, 12—1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4—6 Uhr nachmittags.

Freitag, den 7. Januar, abends ½7 Uhr, im Volkshaus

Versammlung der Vertrauensleute u. Betriebsratsmitglieder

Tagesordnung: **Stellungnahme zur Generalversammlung.**

Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt.

Karten für den am 18. Januar stattfindenden **Kunstabend** zum Preise von 3 Mk. einschließlich Garderobe und Kartensteuer können in unserem Bureau entnommen werden.

Die Ortsverwaltung.

Arbeitslose!

Vier Arbeitslosen-Versammlungen

am Donnerstag, dem 6. Januar

vormittags 9 Uhr im **Felsenkeller,** Leipzig-Plagwitz,

vormittags ½10 Uhr im **Volkshaus, Zoologischen Garten** und **Zentraltheater.**

Tagesordnung:

Die Forderungen der Arbeitslosen im Sächs. Landtag.

Erscheint in Massen zu einer einheitlichen Willenskundgebung!

Der Arbeitslosenrat Leipzigs.

Verband der Steinsetzer

und verw. Berufsgenossen Deutschlands

Filiale Leipzig

Freitag, den 7. Januar, abends 7 Uhr

Versammlung

im Volkshaus, Zimmer Nr. 9

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Bericht von der Konferenz in Weißenfels. 4. Bericht von der Lohnkommission. 5. Bericht von der Arbeitsnachweiskommission. 6. Gewerkschaftliches.

Da die Versammlung eine höchst wichtige ist, darf kein Kollege fehlen. Darum hinein in die Versammlung.

Der Vorstand.

Erste Sächsische Landeswohlfahrts-Geldlotterie

Höchstgew. i. günst. Falle **125000 Mk.**

Ziehung 17.—25. Jan. 1921. Lospreis 4 Mk.

Lose bei allen Staatslotterie-Einnehmern und durch Plakate kenntlich. Geschäften. |*

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Böhlitz-Ehrenberg. Freitag, den 7. Januar, abds. 7 Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Großen Eiche. Vortrag der Genossin **Gerber: Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.** Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Gäste haben Zutritt.

Sonnabend, den 29. Januar, findet unser **Wintervergnügen** mit Ball im Ritterschlößchen statt. D. V.

Arbeiter-Schwimmverein Leipzig, E. V.

Sonnabend, den 8. Januar, abends ½8 Uhr im **Volkshaus,** Zeitzer Straße **Ordentliche General-Versammlung.** T.-O.: Beitragserhöhung, Neuwahlen, Delegiertenwahl. — Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig. Der Vorstand.

Meiner werten Kundschaft, Freunden und Gönnern zur gefl. Nachricht, daß ich das bisher von mir betriebene

Kolonialwaren-, Landesprodukten- und Destillationsgeschäft

L.-Neuschönefeld, Neustädter Straße 6/8

am 1. Januar 1921 Herrn **Kurt Schmeil** übergeben habe. — Für das mir zu jeder Zeit erwiesene Wohlwollen und den regen Zuspruch erlaube ich mir hiermit meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen mit der ergebenen Bitte, dieses auch meinem Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

Mein Engros-Geschäft wird von mir in unveränderter Weise fortgeführt.

Max Robert Dachsel.

Auf Vorstehendes höflichst Bezug nehmend, bitte ich, das meinem Herrn Vorgänger bewiesene Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Ich werde eifrigst bemüht bleiben, den alten guten Ruf der Firma zu erhalten und durch gute und preiswerte Ware meine verehrte Kundschaft zufrieden zu stellen. **Kurt Schmeil.**

Grosse Auswahl gutgepflegter Ia. Malaga, Port-, Rot- u. Weiss-

Weine, Punsche, Rum

Cognacs, Pepper Whisky, Kirschwasser, Liköre

Einzelverkauf in meinen Kellereien: **Reichsstr. 33/35.**

Gustav Altkuckatz, vorm. Rob. Rausch **Leipzig.**

Gegr. 1885. Weingrosshandlung Tel. 8005 *|

Familien-Nachrichten

Ein edles Herz hat aufgehört zu schlagen!

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß Dienstag, früh ¼5 Uhr, unser lieber herzensguter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, der Expedient

Fr. Julius Müller

nach kurzem Leiden im 76. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

L.-Stötteritz, Papiermühlstr. 8, 4. Januar 1921, Leipzig und Astoria.

In tiefstem Schmerz

Lina verw. Müller geb. Herold
Gustav Hempel u. Anna geb. Müller
Otto Klus u. Lina geb. Müller
Richard Müller u. Frau
Alfred Müller u. Frau
Richard Hanschmann u. Hedwig geb. Müller
Louis Verbosey u. Anna geb. Müller.

Trauerfeier mit anschl. Einäscherung Freitag, nachm. 3 Uhr, Kapelle des Südfriedhofes. Blumenspend. dank. abgelehnt.

Nach langem schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden entschlief am Montagnachmittag im Krankenhaus St. Georg meine liebe Frau, die treusorgende Mutter ihrer zwei Kinder, Frau

Martha Minna Sperling geb. Urban

im Alter von 33 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an

L.-Lindenau, Josephstr. 29, III., 5. Januar 1921

Max Sperling und Kinder nebst Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag 2 Uhr auf dem Lindenauer Friedhof statt.

Am 2. Januar 1921, abends 8 Uhr, verschied nach kurzem Krankenlager schnell und schmerzlos meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Hedwig Reiche geb. Falk

Julius Reiche und Kinder.

Einäscherung Freitag 9¼ Uhr Südfriedhof. Blumenspenden dankend abgelehnt.

Danksagung.

Für die herzliche Anteilnahme beim Heimgange meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Frau Ida Kratzsch geb. Franke

sagen wir hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten, meinen lieben Verbandskollegen und Kolleginnen, der Filial- und Hauptverwaltung des Deutschen Kürschner-Verbandes und den Vorstandsmitgliedern der Kürschner-Krankenkasse unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank noch Herrn Franz Heyne, sowie meinen werten Hausgenossen und der Frau E. Plätzer für ihre aufopfernde treue Pflege.

L.-Lindenau, den 3. Januar 1921.

Oskar Kratzsch und Töchter.

Für die wohltuenden Beweise herzlichster Anteilnahme und Liebe beim Hinscheiden unserer lieben unvergeßlichen Tochter, Schwester, Schwägerin u. Braut

Lina Welz

sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.

L.-Kleinzschocher, Würzburger Str. 25, III. M.

Paul Welz u. Frau nebst Angehörigen.

SLUB Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210105/4

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Januar.

Achtung, Arbeitslose!

Die Fraktion der vereinigten KPD. des sächsischen Landtages hat an den sächsischen Landtag einen Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Zahlung einer einmaligen Beihilfe gestellt. Der „Landesausschuß der Erwerbslosen Sachsens" hat sich um Unterstützung dieser Forderungen an die Gewerkschaftskartelle Sachsens gewandt. Die Fraktion der USPD. im sächsischen Landtag ist ebenfalls aufgefordert worden, den Antrag zu unterstützen. **Weder die USP. oder deren Landtagsfraktion, noch die Gewerkschaften sind aber bei der Ausarbeitung des Antrags herangezogen worden.**

Wie wir weiter in Erfahrung gebracht haben, soll am **Donnerstag** dieser Woche eine **Demonstration** der Arbeitslosen stattfinden, um dem Antrag den nötigen Nachdruck zu verleihen. **Ein Antrag im Erwerbslosenrat zu Leipzig, zur Vorbereitung der Demonstration und zu ihrer Durchführung mit dem Gewerkschaftskartell und der Parteileitung der USPD. persönlich in Verbindung zu treten, wurde ausdrücklich abgelehnt.**

Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei der Aktion nicht allein darum handelt, die Lage der Arbeitslosen zu verbessern, sondern daß die Arbeitslosen für die engen Parteizwecke der **kommunistischen Partei** mißbraucht werden sollen.

Die **Notlage** vieler Arbeitsloser wächst von Tag zu Tag. Ihnen **tatkräftige Hilfe** und lohnende Arbeit zu verschaffen, nicht nur mit radikal scheinenden Worten, ist dringend notwendig. Das kann aber nicht durch die Aktion einer einzelnen zahlenmäßig gar nicht ins Gewicht fallenden Partei erreicht werden, sondern nur durch **gemeinsames einiges Handeln der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien. Die kommunistische Partei will diese gemeinsame Arbeit nicht**, sie will lediglich die Arbeitslosen als Vorspann für ihre engen Parteizwecke benutzen, weil sie sonst keinen Einfluß auf die Arbeiterschaft hat.

Wir fordern deshalb alle gewerkschaftlich und sozialistisch organisierten Arbeiter auf, sich nicht für die engbegrenzten Parteiinteressen der Kommunisten mißbrauchen zu lassen. Die Kommunisten mögen deshalb die Verantwortung für ihre Veranstaltungen selber tragen.

Der Bezirksvorstand der USPD.
Das Gewerkschaftskartell.

Parteiangelegenheiten.

Marxismus und aktuelle Politik.

In drei Vorträgen wird Genosse **Seger** dieses Thema in der Rednervereinigung der USPD. behandeln. Der erste Vortrag wird nächsten Donnerstag im **Volkshaus** gehalten werden. Es ist Pflicht aller Redner und Rednerinnen, diese Abende zu besuchen; es haben aber auch andre Genossen, die sich zu Rednern ausbilden wollen, Zutritt.

•

Kinderschutzkommission und Elternbeiräte.

Donnerstag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr, gemeinsame Sitzung im Volkshaus-Café. Tagesordnung: Vortrag über Schutzaufsichten, Kinderschutz und Jugendfürsorge sowie gemeinsame Fragen für Kinderschutzkommissionsmitglieder und der Elternbeiräte. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. Ausweis und Mitgliedsbuch der USP. ist mitzubringen.

Zentrale der Kinderschutzkommission der USP. Leipzig.
Karl Schrörs.

•

Äußerer Südbezirk. Alle Gemeindevertreter und Funktionäre von Zwenkau, Kotzschbar, Jmnitz und Zeschwitz werden ersucht, die am Sonnabend, dem 8. Januar, abends ½8 Uhr, im Goldenen Adler zu Zwenkau stattfindende Ortsvereinsversammlung vollzählig zu besuchen. Der Bezirksleiter.

Kursus Jablonski, Arbeiterrecht. Fortsetzung heute, abends 7 Uhr, Volkshaus, Zimmer 9.

„Die neue Schule."

„Was uns zersplittert, ist die Wirklichkeit,
Doch was uns einigt, das sind Worte." (Faust.)

Die Versammlung am Montag im Auguste-Schmidt-Haus sollte die neue Schule schlucken, ohne das mehr oder minder scharfe Gewürz einer sozialistischen Weltauffassung. Man wollte die künftige Erziehung in einer wirklichen Kulturschule, „das Allheilmittel zu Deutschlands Rettung", samt dem in ihr enthaltenen sozialen Kern einschmuggeln in die Herzen der Hörer, ohne der Sozialisierung der Produktionsmittel, und eins davon ist ja die Schule, überhaupt zu gedenken. Die anwesende proletarische Jugend merkte das und opponierte, und die wenigen höheren Lehrer, die da waren, wußten natürlich, daß viele der entschiedenen Schulreformer „sozialistisch angekränkelt" sind. Sie hörten sich das Referat von Dr. Siegfried Kawerau (Berlin) schweigend an und — in der höheren Schule bleibt alles beim alten. Um nicht von vornherein eine Kampfstimmung zu erzeugen, um geistig als satisfaktionsfähig zu gelten, hatte es der Referent, wie gesagt, vorgezogen, sein Visier nicht ganz zu öffnen. Wenn er die Antwort auf die Fragen einer neuen Gesellschaftsordnung und Wirtschaft, kurz, die wirkliche Lösung der sozialen Frage nicht gescheut hätte, wäre sie wohl kaum widersprochen worden. Er führte u. a. aus:

Es ist müßig zu fragen: „Erst die neue Einrichtung oder erst den neuen Menschen?" Wir können den alten Schulapparat nicht anhalten; durch langsames, zielbewußtes Auswechseln und Ausbauen, Gründung einer höheren städtischen Versuchsschule, Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch einen Volksbund kommen wir ein Stück vorwärts. Die neue Erziehung ist Unterstützung des jugendlichen Menschen in der Selbstentfaltung im Rahmen der Lebensgemeinschaft. Ein sechster Schultag soll freibleiben für eventuelle konfessionelle Bedürfnisse. Als Kulturmittelpunkt hat die Bezirkseinheitsschule soziale Funktionen auszuüben, z. B. Säuglingsfürsorge, Elternschulung usw. Kopf- und Handarbeit werden gleich gepflegt und gewertet. Alle typischen Beschäftigungen der Menschen, wie Landwirtschaft, Handwerk, Verwaltung, werden pädagogisch dosiert in die neue Schule gebracht, die Keimzellen schon in der Gartenschule Neukölln, Fürsorgeschule Lindenhof bei Berlin usw. hat. Entschlossene Verkürzung der erdrückenden Menge des bisherigen Wissensstoffes läßt dem jungen Menschen Kraft und Zeit zur schöpferischen eigenbewußten Tat, zur höchsten Selbstentfaltung, wodurch er der Gesamtheit erst zum rechten Nutzen gereichen wird. Arbeitsschule im Sinne von selbsttätigem Verarbeiten des Lehrstoffs und gleichbedeutend mit Werkunterricht wird die Schule der Zukunft sein. Ihre erste Stufe wird ein Kindergarten sein mit kombinierter Fröbel-Montessorimethode, z. B. der in Lankwitz bei Berlin gepflegten. Mit dem 7. Jahre kommt das Kind in die Unterstufe der Bezirkseinheitsschule, wo es zunächst mit dem Schreiben verschont wird. Schriftliche Begriffe, die es noch gar nicht verarbeitet hat, werden ihm nicht aufgenötigt; sein Geist erschließt sich durch Kultur- und Naturkunde der Heimat in einem Gesamtunterricht, nicht nach getrennten Fächern. Danach werden „geistige Fresser", „Temposchüler" zusammengenommen, um in drei Tagen der Woche denselben Stoff zu verarbeiten, wozu die mehr praktisch veranlagten Kinder fünf Tage brauchen. Zwei Tage bleiben ihnen dann frei für Sonderkurse, z. B. in den Sprachen, an denen man nach Fähigkeit und Neigung teilnimmt. Bei dieser „Elastizität" des Schulaufbaus kommt jede Begabung zu ihrem Recht, findet jedes Kind in dem fünfjährigen Oberbau seine Schule. Durch eine gesunde Selbstauslese, ohne pädagogisch-psychologische Kommissionen wird sich die Frage der Berufswahl rein praktisch lösen. — All das sind keine Utopien mehr, auch finanziell braucht das Problem der neuen Schule nicht zu scheitern. Es ist zehnmal besser, den Weg zu Deutschlands Rettung klar zu sehen und bewußt zu bauen, als durch die brutale Notwendigkeit überrascht zu werden. Es ist noch manches Problem; aber helfen Sie mit zur Organisation der neuen Schule!"

Was die Schule der entschiedenen Schulreformer für Sozialisten so anziehend macht, ist, daß sie nicht nur neue Menschen, sondern auch wirtschaftliche Werte zu erzeugen gewillt ist. Leider ging Kawerau auf diesen letzten Punkt, der mit dem Schlagwort der Produktionsschule gefaßt wird, auch auf eine Anregung im Schlußwort nicht ein. Die neue Schule, „der einzige Weg zu Deutschlands Rettung" wird nicht durch Propaganda allein unter der gewohnheitsbestimmten alten Oberlehrerschaft sichtbar in Erscheinung treten; erst wenn die Sozialisierung wirklich Deutschland gerettet hat, dann wird auch das Idealbild der Schulreformer aus der Utopie zur greifbaren Wirklichkeit werden, dann wird jeder junge Mensch „in dem großen, weiten, freien Schulpalast der Zukunft, wie er uns vorschwebt, sagen können: „Hier bin ich Mensch, hier darf ichs sein!"

-s.

Leipziger Handelskammer.

Die erste Vollsitzung der Leipziger Handelskammer im neuen Jahr wurde vom Vorsitzenden, Herrn Schmidt, mit einem Neujahrsgruß an die Kammermitglieder eröffnet. Der von ihm gegebene Jahresbericht war ausführlich und behandelte Deutschlands Beziehungen zu dem Auslande, dabei den Friedensvertrag und die Handelsbeziehungen hervorhebend, auf dem Gebiete der inneren wirtschaftlichen Verhältnisse wurden all die Fragen wieder gestreift, die im Verlaufe des Jahres von der Handelskammer und der Presse behandelt worden sind, zum Beispiel Arbeitsrecht, Erwerbslosenunterstützung, Sozialisierung, freier Handel usw. Alle diese Fragen sind auch von uns behandelt worden, so daß eine Wiederholung nicht nötig ist.

Nach dem Bericht des Herrn Schmidt ist die Handelskammer im verflossenen Jahre eifrig bemüht gewesen, die Interessen des Kapitals und des Unternehmertums auf allen Gebieten zu vertreten. Auch im neuen Jahre soll es nicht anders sein. Zwar seien die Ausblicke für das neue Jahr keine rosigen. Im Westen Europas kriselte es ganz bedenklich, wenn alle andern Umstände Beachtung finden sollen und wir uns behaupten wollen, dann müssen wir möglichst billig produzieren und einen allgemeinen Preisabbau herbeiführen. Hier soll es wohl heißen, die Steigerung der Löhne aufs schärfste zu bekämpfen. Es kann bei den niedrigen Löhnen, die dem deutschen Arbeiter gezahlt werden, nicht verlangt werden, daß er nun noch billiger arbeitet. Denn wenn von einer billigeren Produktion gesprochen wird, denkt man nur an die Löhne der Arbeiter. Wenn gesagt wird, daß das Unternehmertum sich mit weniger Gewinn begnügen soll, so weiß man nicht, soll man über diese Naivität lachen oder —.

In den Kreisen, die die Handelskammer vertritt, denkt man sich die Möglichkeit eines Preisabbaues nicht durch Verminderung des Gewinnes, sondern durch Kürzung der Löhne. Erst niedrige Löhne, dann vielleicht einen Preisabbau. In dem Berichte wurde weiter gesagt: Was uns aber vor allem nottut, das ist Verzicht auf Genuß entbehrlicher ausländischer Güter, wie Spirituosen, Zigaretten, Schokolade und sonstige Luxusgegenstände und Genügsamkeit im Verbrauch inländischer lebenswichtiger Bedarfsartikel. Diese Mahnung ist nicht allein an den Besitzenden gerichtet, sondern auch, und wohl hauptsächlich an den schwachbemittelten Arbeiter und Angestellten. Es mutet recht komisch an, aus diesen Kreisen Mahnungen zur Genügsamkeit zu hören. Für sie gibt es alle erdenkbaren Dinge, die geeignet sind, das Leben angenehm zu gestalten, in den Delikatessgeschäften, Modehäusern, Bars usw. Und was würde wohl die „gnädige" Frau und das Fräulein sagen, wenn sie zugunsten der armen Proletarierkinder auf Schlagsahne, Schokolade verzichten sollten. Immer krasser tritt der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zutage und alle Mittel, die geeignet erscheinen diesen Gegensatz zu mildern, werden von den Vertretern des Kapitals bekämpft. Wenn man in dem Bericht zu der Devise kommt: „**Arbeit und Sparsamkeit**" — wer lacht da von den Arbeitslosen — weiß man nicht recht wie es gemeint ist. Tausende und Abertausende rennen sich die Füße wund nach Arbeit, aber dem Unternehmer gefällt es nicht, seinen Betrieb voll auszunutzen. Man spekuliert auf die große Reservearmee, man kennt die Bedeutung der Hungerpeitsche und sagt dem großen Volke: „Nur Arbeit kann uns retten!"

Mit der Wahl- bezw. Zusammensetzung der Ausschüsse und Abordnungen fand die Sitzung ihr Ende.

Die Erhöhung der Beiträge für die Invalidenversicherung.

Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leipzig-Land wird uns folgendes geschrieben: Der Reichstag hat am 18. Dezember 1920 beschlossen, die Beiträge zur Invalidenversicherung in der doppelten Höhe des bisherigen Betrags einziehen zu lassen. Auf Grund dieses Gesetzes hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Dresden erst jetzt in dem nachstehenden Rundschreiben die Krankenkassen als Einzugsstelle mit der Durchführung der getroffenen Maßnahmen beauftragt.

„Wie bereits bekannt geworden, werden vom 1. Januar 1921 an zu den Renten in der Invalidenversicherung neben den durch das Gesetz vom 20. Mai 1920 eingeführten Zulagen weitere **außerordentliche Beihilfen** gewährt, und zwar von monatlich je 40 Mk. für die Invaliden-, Kranken-, Alters-, Witwen- und Witwer-, sowie die Witwenkrankenrenten und von monatlich 20 Mk. für jede Waisenrente.

Zur Deckung dieser Beihilfen wird zu den jetzigen Versicherungsbeiträgen ein **Zuschlag** in Höhe dieser Beiträge in der Weise erhoben, daß die Beitragsmarken von der Post zum Doppelten ihres Nennwertes verkauft werden. Diese Bestimmung ist bereits am 20. Dezember 1920 in Kraft getreten.

Zur Beseitigung von Zweifeln wird auf folgendes hingewiesen:

1. Vom 20. Dezember 1920 an sind die Versicherungsbeiträge **mit dem Zuschlag**, also in doppelter Höhe, und zwar auch für Wochen vor diesem Tage einzuheben. Sind Beiträge seit dem 20. Dezember 1920 ohne Zuschlag eingehoben worden, so ist der Zuschlag noch nachzuerheben. Für Zeiten **vor** dem 1. August 1920 sind jedoch die bis dahin geltenden Beiträge ohne Zuschlag einzuziehen.

2. Für die bis zum 20. Dezember 1920 bereits, und zwar ohne Zuschlag eingezogenen Beiträge sind die erforderlichen Marken nicht von der Post, sondern von der Landesversicherungsanstalt zu beziehen. Die Einzugsstellen werden deshalb veranlaßt, ihren Markenbedarf für diese Beiträge getrennt nach Lohnklassen **ungesäumt** und bis längstens

den 20. **Januar** 1921

der Landesversicherungsanstalt anzuzeigen, damit die Marken rechtzeitig beschafft werden können. Dabei ist pflichtmäßig zu versichern, daß die Beiträge tatsächlich vor dem 20. Dezember 1920 eingehoben worden sind. Die Marken werden den Einzugsstellen nach Einsendung bezw. Ueberweisung des Geldwertes zugehen.

Die von den Einzugsstellen für das Rechnungsjahr 1920 eingehobenen Beitragszuschläge sind in der Abrechnung für Ende 1920 besonders zu beziffern."

Angesichts der Schwierigkeiten, die den Krankenkassen in Erfüllung dieser Anweisung entgegentreten müssen, ist die glatte Durchführung des Gesetzes hinsichtlich der Einhaltung des Termins in Frage gestellt. Der zu erwartende Widerstand scheint durchaus gerechtfertigt, wenn man berücksichtigt, daß für die Zeit vom 2. August ab Beiträge in der Regel nicht mehr eingezogen werden können; als letzter unerledigter Hebetermin käme höchstens die Zeit vom 20. November 1920 an in Frage. Mit Rücksicht darauf, daß fraglicher Beschluß des Reichstags im Reichsgesetzblatt noch nicht veröffentlicht ist und daß zwischen den Kassen und der Landesversicherungsanstalt Dresden Verhandlungen schweben, wird allen Arbeitgebern empfohlen, die noch nicht gekürzten Beiträge zur Invalidenversicherung in doppelter Höhe ihres bisherigen Betrags abzuziehen; von welchem Zeitpunkt ab die Einziehung der neuen Beiträge durch die Krankenkassen erfolgt, wird noch bekanntgegeben. Arbeitgeber, welche eine Nachzahlung von Beiträgen auf die Zeit vor dem 20. Dezember 1920 ablehnen, wollen dies ihrer Kasse schriftlich unter entsprechender Begründung mitteilen.

Das städtische Arbeitsamt als Förderer reaktionärer Bestrebungen?

Wie gesetzliche Körperschaften zur Ueberwachung und Einhaltung der Demobilmachungsverordnungen versuchen, Klagen und Beschwerden der Arbeiterschaft abzutun, zeigt folgender Fall.

Der Betriebsrat einer Buchdruckerei in der Oststraße hatte dem Arbeitsamt **wiederholt** angezeigt, daß in der betreffenden Firma ein Abteilungsvorsteher bereits seit Monaten die 48stündige Arbeitswoche teilweise bis zur doppelten Höhe, einschließlich Sonntags, überschreite.

Zur Charakterisierung des Abteilungsvorstehers sei bemerkt, daß er außer den ihm in seiner Eigenschaft als Beamter obliegenden auch Arbeiten technischer Art, wie die der Hilfsarbeiter, verrichtete und, um einem eventuellen Ausschluß zuvorzukommen, aus der Organisation der Buchdrucker austrat, um nicht wegen seines Verhaltens durch sie zur Verantwortung gezogen zu werden.

Nach langen Wochen erfolgte der Bescheid, das Arbeitsamt sei nicht zuständig, und es verwies den Betriebsrat an den Schlichtungsausschuß. — —

Dieser wieder erklärte sich auch als unzuständig und verwies die Angelegenheit an das Arbeitsamt in der Gerberstraße zurück.

Inzwischen hatte ein Beamter Recherchen beim — **Unternehmer** (?) eingezogen.

Nach abermals vier Wochen erschien endlich der Beamte wieder beim Direktor der Firma, ließ dann den Vorsitzenden des Betriebsrats rufen und erklärte ihm in Gegenwart des Direktors unter Hinweis auf § 12 der Gewerbeordnung, es könne gegen den betreffenden Abteilungsvorsteher nichts unternommen werden, da er über 7000 Mk. Jahresgehalt beziehe und mehr als 20 Arbeiter unter seiner Aufsicht ständen.

Nun fragen wir von dieser Stelle aus das Arbeitsamt: Wozu hat man denn eigentlich die Demobilmachungsverordnungen geschaffen, wenn auf einmal die Gewerbeordnung in solchen Fällen angezogen werden soll? — Oder will man den Unternehmer in seinen Bestrebungen unterstützen, alle Arbeiterschutzgesetze nach Möglichkeit zu umgehen? — —

Fünfundzwanzigjähriges Stadtverordnetenjubiläum. Am 4. Januar d. J. sind es 25 Jahre, seit der jetzige Vizevorsteher **Pollender** in das Stadtverordnetenkollegium eingezogen ist. Es kommt nicht oft vor, daß ein Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums das 25jährige Jubiläum feiern kann, bis jetzt war es nur bei wenigen bürgerlichen Vertretern der Fall.

Das Jubiläum Pollenders hat noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß er seit seinem Eintritt in das Kollegium darin eine hervorragende Stellung einnimmt und daß es seinem Einfluß und seiner Tätigkeit in der Hauptsache zu danken ist, daß sich die Sozialdemokratie Leipzigs an den Stadtverordnetenwahlen und dann auch an der Kommunalpolitik intensiv beteiligt hat. Die Erstarkung der sozialdemokratischen Partei ist nicht zuletzt auf die Machtposition zurückzuführen, die durch die kommunalpolitische Tätigkeit errungen worden ist. An ihr hat der Jubilar in den drei verflossenen Jahrzehnten aber einen hervorragenden Anteil gehabt, was am heutigen Tage anzuerkennen ein Gebot der Gerechtigkeit ist.

Die elektrische Zugförderungsanlage auf den Strecken Magdeburg—Leipzig—Halle und Wahren—Schönefeld, die vor dem Kriege bereits teilweise dem Betrieb übergeben war, konnte während des Krieges nicht weiter betrieben werden, weil der größte Teil der Kupferleitungen der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt werden mußte. Die Wiederherstellungsarbeiten an den genannten Strecken wurden nach Beendigung des Krieges alsbald wieder aufgenommen und sind nunmehr auf der Güterzugstrecke **Wahren—Schönefeld** soweit vorgeschritten, daß der elektrische Betrieb auf dieser Teilstrecke demnächst aufgenommen werden kann. Vom 25. Januar 1921 ab werden daher die Fahrleitungen zwischen Wahren und Schönefeld unter Spannung gesetzt. Die Speiseleitung Muldenstein—Bitterfeld steht bereits seit Februar 1920 unter Spannung, worüber seinerzeit eine besondere Bekanntmachung in den Tageszeitungen erfolgt ist. Die über den Gleisen hängenden Fahrleitungen führen hochgespannten Strom von 15 000 Volt, die auf den Masten der Tragwerke längs der Bahngrenze verlaufenden Speiseleitungen Strom von 60 000 Volt Spannung. Wegen dieser hohen elektrischen Spannungen ist eine Berührung der Leitungen unbedingt lebensgefährlich, auch dann, wenn sie nicht unmittelbar, sondern mit metallenen, den Strom leitenden Gegenständen erfolgt. Auch die Berührung mit hölzernen Stangen oder Schnüren, namentlich in feuchtem Zustande, kann sehr gefährlich Einwirkungen auf den menschlichen Körper haben.

Zentralisierung der Kartenstellen. Nachdem von den Lebensmittelkarten nur noch die Brot- und die Zuckerkarte größere Bedeutung haben und infolgedessen der Verkehr in den Kartenstellen ganz gering geworden ist, läßt sich die Unterhaltung der Kartenstellen in den Bezirken, schon der erheblichen Kosten wegen, nicht mehr rechtfertigen. Die Kartenstellen werden deshalb, wie aus der Bekanntmachung zu ersehen ist, sämtlich im Grundstück Schulstraße 1, also in günstiger Lage, im Innern der Stadt, untergebracht. Sie sind künftig geöffnet von 8 bis 4 Uhr, Sonnabends von 8 bis 3 Uhr. Die Einteilung nach den bisherigen Kartenstellenbezirken bleibt bestehen. Die Zusammenlegung der Kartenstellen wird in mancher Beziehung von den Kartenberechtigten als zweckmäßig empfunden werden. Das trifft besonders zu bei Ummeldungen von einer in die andre Kartenstelle; denn es kann künftig die Ummeldung in allen Fällen mit einem Wege erledigt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210105/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

werden. Die Hauptausgaben — vierteljährlich etwa eine — finden auch künftig in den Bezirken statt. Nicht unerwähnt mag bleiben, daß mit der Verlegung der Kartenstellen aus den Schulen vielfachen und dringenden Wünschen der Eltern- und Lehrerräte entsprochen worden ist.

Enteignung von Brennstoffen. Die im Monat Dezember vom Kohlenamt durchgeführten Enteignungen von Brennstoffen in Haushaltungen und Hausbrandbetrieben waren in 14 Fällen von Erfolg. Insgesamt wurden 560 Zentner Briketts und 100 Zentner Koks = 33 Tonnen enteignet.

Sozialistische Rede- und Lesevereinigung Wahren. Donnerstag, den 6. Januar, pünktlich ½8 Uhr, in der Schule, Zimmer 5: Vortrag der Genossin Gerber über Marx' ökonomische Lehren, Fortsetzung. Gäste willkommen.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 6. Januar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Flaschensahne: Letzter Tag — abzugeben Marken 1 R der neuen Lebensmittelkarte Reihe R 1 (eine Flasche).

Ausgabe von Spiritusmarken für Januar an Minderbemittelte usw. Montag, den 10. Januar. Zeit und Ort der Verteilung vom 8. Januar an bei der zuständigen Polizeiwache erfragen.

Für Händler.

Nährmittel für Kleinkinder und Schwangere: Bezugscheinentnahme.

Polizeinachrichten.

Auf der Suche nach dem Postscheckschwindler.

Seit längerer Zeit schon wird ein Postscheckschwindler gesucht, dem es am 7. Dezember wiederum gelungen ist, einen Betrag von 160 000 Mk. zu erschwindeln. Der Mann, der sich die verschiedensten Namen beigelegt hat und sich als Vertreter einer in Wirklichkeit nicht bestehenden Firma mit klangvoller Bezeichnung ausgibt, hat sich wiederholt ein Zimmer gemietet, das er aber niemals benutzt, sondern nur flüchtig aufgesucht hat, um die für ihn eingegangenen Postsendungen abzuholen. Zuweilen hat er diese Sachen auch durch Kinder oder andre Personen, die er offenbar auf der Straße zu diesem Zwecke angenommen hat, abholen lassen. Als Ausweis benutzt er Papiere wie Wohnungsmeldescheine und Militärpässe, die er denjenigen Personen, deren Namen er sich beilegt, entweder entwendet oder unter dem Vorgeben, ihnen eine Stellung in seinem Geschäfte zu verschaffen, für einige Tage oder Wochen abgelockt hat.

Wer zweckdienliche Angaben machen kann, die zur Ermittlung des Täters führen, wird gebeten, sofort der nächsten Polizeiwache oder in der Kriminalabteilung des Polizeiamts Mitteilung zu machen. Insbesondere werden Zimmervermieterinnen auf den Schwindler aufmerksam gemacht, ferner alle diejenigen, denen er im Hotel Hochstein am Bayerschen Platz unter dem Vorwande, ihnen eine Stellung verschaffen zu wollen, ihre Ausweispapiere auf kurze Zeit abgenommen hat, sowie Kinder und sonstige Personen, die er zur Abholung seiner Postsachen aus seiner Wohnung aufgefordert hat.

Auf Ermittlung des Schwindlers ist von der Ober-Postdirektion in Leipzig eine Belohnung von 10 000 Mk. ausgesetzt worden, deren Verteilung bei dem Zusammenwirken mehrerer Personen unter Ausschluß des Rechtsweges vorbehalten bleibt. Im übrigen wird auf die in dieser Nummer befindliche amtliche Bekanntmachung verwiesen.

*

Eine Frau mit ihren Kindern in den Tod gegangen. Am Morgen des 25. Dezember 1920 fand ein von seinem Dienste als Wächter heimkehrender, in Mockau wohnender Angestellter einer hiesigen Gesellschaft seine 31 Jahre alte Ehefrau mit ihren zwei jüngsten Kindern, einem 1¾jährigen Mädchen und einem 2 Monate alten Knaben, auf dem Fußboden der Küche liegend, entseelt vor. Der Raum war mit Gas angefüllt. Sein drittes Kind, einen 6½ Jahre alten Knaben, traf er unversehrt in der Kammer im Bett schlafend an. Wie die Erörterungen der Kriminalpolizei ergeben haben, hat sich die Frau schon längere Zeit mit Selbstmordgedanken getragen und sich auch Dritten gegenüber geäußert, ihre beiden jüngsten Kinder mit in den Tod nehmen zu wollen. Diese unselige Tat hat sie offenbar während eines erneuten Anfalles ihres schon seit längerer Zeit bemerkbaren Nervenleidens ausgeführt, indem sie in den frühesten Morgenstunden des ersten Weihnachtsfeiertages ihre beiden jüngsten Kinder mit nach der Küche nahm und hier die Gashähne am Gaskocher und der Gaslampe öffnete. In kürzester Zeit hatte die unglückliche Frau ihr Ziel erreicht.

Betrügerische Sammler von Unterstützungsgeldern. Gewarnt wird vor einem unbekannten Betrüger, der mit einer mit einem ovalen Stempel und seinem Lichtbild versehenen Liste Privatpersonen sowie Geschäfte aufsucht und Geldspenden für die streikenden Metallarbeiter sammelt. Der Stempel trägt die Inschrift „Agitationskomitee L.-West, Deutscher Metallarbeiter-Verband". Der Unbekannte hat mit dem Metallarbeiter-Verbande nichts zu tun, sein Unternehmen beruht auf Schwindel. Er wird beschrieben als etwa 40—50 Jahre alt, ungefähr 1,65 Meter groß und bekleidet gewesen mit langem feldgrauem Mantel, dunkler Hose und steifem Hut. Bei erneutem Auftreten veranlasse man seine Festnahme. Etwaige Angaben hierzu erbittet die Kriminalabteilung.

Einem Herzschlag erlegen ist am 29. Dezember, nachmittags ¼5 Uhr, im hiesigen Hauptbahnhof ein in der Albertstr. wohnender 63jähriger Werkstättenarbeiter.

Sächsische Angelegenheiten.

Was das Leipziger Finanzamt zu sagen hat.

Das Leipziger Finanzamt drückt sich konsequent weiter um die Aufklärung der von uns in der Nummer vom 17. Dezember im Interesse der Öffentlichkeit aufgeworfenen Fragen. Auf unsre erneuten Hinweise vom 28. und 31. Dezember sendet es uns heute unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes folgendes langatmige und nichtssagende Schreiben:

„Das Finanzamt hat den Bericht, zu dem es betreffs des Artikels in Nr. 265 der Volkszeitung verpflichtet war, nicht zufolge einer Anordnung des Landesfinanzamts, sondern aus eigener Entschließung erstattet. Die Berichterstattung konnte erst am 20. Dezember 1920 erfolgen, da das Finanzamt erst am Tage vorher Kenntnis von dem Artikel erlangte. Erst nach der Abfassung des Berichts ging eine Aufforderung des Landesfinanzamts zur Berichterstattung unter Hinweis auf den fraglichen Artikel beim Finanzamt ein.

Zum Schutze der Steuerpflichtigen bestehen in den Steuergesetzen und in der Reichsabgabenordnung Bestimmungen, nach denen die sämtlichen Beamten der Finanzverwaltung zur strengsten Geheimhaltung der Verhältnisse der Steuerpflichtigen bei schweren Strafen verpflichtet sind. Es war anläßlich der auf eine Verletzung der Amtspflicht zurückzuführenden Veröffentlichung eine selbstverständliche Pflicht des Amtsvorstandes, die Beamten erneut und nachdrücklichst auf die Folgen einer Verletzung der eidlich angelobten Geheimhaltungspflicht hinzuweisen. Die Erinnerung an diese Pflicht geschah also keineswegs im unmittelbaren Interesse des Finanzamts und seines Vorstandes, sondern ausschließlich allgemein zum Schutze der Steuerpflichtigen. Der Versuch einer Einschüchterung der Beamten kann hierin um so weniger erblickt werden, als der Amtsvorsteher bei dieser Gelegenheit zugleich auf den Weg hingewiesen hat, den jeder Beamte einzuschlagen nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet ist, wenn ihm pflicht- und gesetzwidrige amtliche Handlungen eines Mitarbeiters oder eines Vorgesetzten bekannt werden.

Infolge der gesetzlich vorgeschriebenen Geheimhaltungspflicht sind die Beamten und Steuerbehörden behindert, in der Oeffentlichkeit die Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Steuerpflichtigen zu erörtern. Es ist deshalb auch das Finanzamt nicht in der Lage, die von der Volkszeitung erwartete Aufklärung über die in den Artikeln behandelten Besteuerungsfälle zu geben, da diese ohne ein näheres Eingehen auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der in Frage kommenden Steuerpflichtigen nicht möglich ist.

Jeder Steuerpflichtige hat das gesetzliche Recht, auf Steuererlaß anzutragen. Den Steuerbehörden kann kein Vorwurf gemacht werden, wenn ein Steuerpflichtiger von diesem Rechte Gebrauch macht. Der Erlaß von Steuern steht, soweit die Reichsabgaben in Frage kommen, nicht dem Finanzamt, auch nicht dem Reichsfinanzhof, wie in dem ersten der Artikel vorausgesetzt wird, sondern dem Reichsminister der Finanzen und, was die sächsischen Landessteuern betrifft, von kleineren Steuerbeträgen abgesehen, nur dem sächsischen Finanzministerium zu. Diese obersten Behörden treffen ihre Entscheidungen auf Grund des Inhalts der ihnen auf dem Dienstwege vorzulegenden Akten. Das Finanzamt hat also überhaupt keine Möglichkeit, größere Steuerbeträge zu erlassen.

Wenn im Finanzamt oder bei einzelnen Steuerbeamten auch Steuerpflichtige aus den vermögenden Kreisen ein und ausgehen, so ist das nur ein Zeichen dafür, daß gerade diese Steuerpflichtigen glauben, Ursache über zu hohe Besteuerung haben zu müssen. Uebrigens überwiegen im Verkehr auf dem Finanzamt bei weitem die Angehörigen der weniger steuerkräftigen Kreise, die sich in allen Steuerfragen Rats erholen.

Ein Beamter, der sich bei der Verwaltung des ihm anvertrauten Amtes pflicht- und gesetzeswidrige Handlungen zuschulden kommen läßt, macht sich strafbar. Wenn sich die Volkszeitung, wie in den Artikeln angedeutet wird, im Besitze weiteren, einen Beamten belastenden Materials befindet, so bedarf es nur einer entsprechenden Anzeige bei den der Volkszeitung nicht unbekannten vorgesetzten Behörden, um den Beamten der Bestrafung zuzuführen.

Das Finanzamt wird auf weitere Veröffentlichungen in der Sache nicht eingehen. Der gesetzliche Weg, um einen etwa schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen, ist oben gewiesen."

Finanzamt Leipzig II
(zugleich für die Finanzämter I, III, IV und V).
Thier.

Das ist ebensowenig eine Berichtigung, wie die Berufung auf das Preßgesetz begründet ist. Wenn wir das Schreiben trotzdem abdrucken, so geschieht es nur, um zu zeigen, daß das Finanzamt in Wirklichkeit nichts zu seiner Rechtfertigung zu sagen hat. Das Verkriechen hinter der Amtspflicht nimmt sich um so sonderbarer aus, da die Fälle Augustin und Bleichert seit längerer Zeit öffentliches Geheimnis sind. Gerade eine öffentliche Behörde müßte das dringendste Interesse daran haben, unbegründeten Anschuldigungen entgegenzutreten und dadurch ihr Ansehen zu heben. Das geschieht auch sonst regelmäßig. Uns ist noch kein Fall bekannt, wo sich eine Behörde mit so nichtssagenden Redensarten abseits stellt und erklärt, wir reagieren nicht mehr. Neugierig darf man sein, welche Schlüsse die vorgesetzte Behörde aus dieser merkwürdigen Haltung ziehen wird.

Die Kommunisten und die Arbeitslosen.

Die kommunistische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, zur augenblicklichen Linderung der größten Not der Erwerbslosen folgende Maßnahmen sofort durchzuführen:

1. Es kommt eine Beihilfe von 400 Mk. für ledige und von 600 Mk. für verheiratete Erwerbslose zur Auszahlung;
2. die Erwerbslosenunterstützungssätze werden um 100 Prozent erhöht;
3. die Renten werden auf die Erwerbslosenunterstützung nicht angerechnet;
4. die volle Erwerbslosenunterstützung wird an alle Erwerbslosen gezahlt für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit;
5. die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung sind von den Unternehmern auf dem Wege des Umlageverfahrens, gestaffelt nach der Höhe des Umsatzes und des Reingewinns der einzelnen Betriebe aufzubringen."

Daß die heutige ungenügende Fürsorge für die Erwerbslosen einer dringenden Regelung bedarf, unterliegt keinem Zweifel. Es sind auch bereits unter Beteiligung unsrer Partei Schritte unternommen, um die Not der Erwerbslosen zu mildern, soweit das heute überhaupt möglich ist. Aber es wäre u. E. vollständig irrig wenn die Kommunisten annehmen würden, daß auf dem beantragten Wege Sachsen allein die Möglichkeit hätte, das Problem zu lösen. Doch das nehmen die Kommunisten gar nicht an; ihnen kommt es auf ganz etwas andres an, wie auch aus folgender Meldung hervorgeht:

„In der Roten Schänke zu Döhlen fand eine große Versammlung der Arbeitslosen des Plauenschen Grundes statt, die sich mit lokalen Angelegenheiten und unter anderm auch damit beschäftigte, wie die seit sechs Monaten aufgestellten Forderungen auf Erhöhung der Unterstützung nunmehr durchgedrückt werden sollen. Es gebe nur drei Möglichkeiten, **entweder solle weiter gehungert werden, oder man greife zur Selbsthilfe, oder man drücke die aufgestellten Forderungen durch.** Die ganzen Verhältnisse würden eher schlechter als besser, die Schuld trage das ganze System. **Auch von der jetzigen Arbeiterregierung sei nichts zu erwarten, obgleich der Arbeitsminister ein Unabhängiger sei.** Weiter wurde ausgeführt, daß die Kommunisten eine Vorlage eingebracht haben, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze vorsehen und die voraussichtlich noch diese Woche im Landtag zur Beratung komme. Für diesen Tag sei eine große, **letzte** und wuchtige Demonstration vor dem Landtagsgebäude geplant, an der alle Erwerbslosen der ganzen Dresdner Kreishauptmannschaft teilnehmen werden, auch von allen größeren Städten würden Deputationen erwartet.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde ausgeführt, **daß es zum offenen Kampfe kommen müsse, wenn die Arbeitenden die Erwerbslosen nicht in ihren Forderungen unterstützen würden.**"

Das ist die alte unehrliche Methode. Man wirft einige Redensarten in die aufgeregte Masse, bei denen sich jeder denken kann was er will, und nützt die so geschaffene Erregung im Parteiinteresse aus, ganz unbekümmert darum, daß diese Taktik schließlich zum Schaden derjenigen ausläuft, denen man angeblich helfen will. Wundern muß man sich nur, daß die Arbeitslosen diese demagogische Mache immer noch nicht durchschaut haben.

Die Ausgabe des sächsischen Porzellangeldes.

Das sächsische Finanzministerium gibt nunmehr die Ausgabe des Porzellangeldes auf braunem Böttger-Steinzeug bekannt. Es werden 5 Millionen Mark ausgegeben und zwar Stücke zu 20 und 50 Pfennig, zu einer und zwei Mark. Stücke mit der Jahreszahl 1920 sind keine Geldersatzzeichen, sie haben nur Sammlerwert, ebenso alle Stücke zu 5, 10 und 20 Mark mit den Jahreszahlen 1920 oder 1921. Die staatlichen Kassen werden angewiesen, das Porzellannotgeld an Zahlungsstatt zum Nennwert anzunehmen. Im übrigen besteht keine Verpflichtung zur Annahme. Die Landeshauptkasse und die sächsische Staatsbank haben das Porzellangeld zum Nennwert jederzeit gegen Geld in deutscher Reichswährung einzulösen, auch dann, wenn mehr als die Hälfte des einzelnen Stückes zur Einlösung vorgelegt wird und der Nennwert und die Echtheit der Stücke sowie die Jahreszahl noch mit Sicherheit erkennbar sind. Die Gültigkeit des Geldes wird auf die Zeit bis 31. Dezember 1921 beschränkt.

Die Not der Erwerbslosen im Vogtland.

Plauen i. V., 5. Januar. Im Sitzungssaal des alten Rathauses hatten sich am Dienstag auf Einladung der Stadt Plauen und der Amtshauptmannschaft Auerbach 17 Reichstagsl und Landtagsabgeordnete aus dem Wahlbezirk Chemnitz-Zwickau-Plauen zusammengefunden, um von den Berufsvertretern über die Notlage in diesen beiden Bezirken Aufklärung zu erhalten, wie sie zu einer wirkungsvollen Vertretung der von der Stadt Plauen und der Amtshauptmannschaft Auerbach gestellten Anträge bei der Reichs- und Landesregierung wie dem Parlament notwendig ist. Oberbürgermeister Lehmann-Plauen eröffnet die Sitzung und ging auf die Vorkommnisse, wie sie sich in Auerbach und Plauen abgespielt haben, ein. Das sächsische Gesamtministerium habe sich auf dringende Vorstellung hin bereits mit der Angelegenheit befaßt und will heute darüber endgültig Beschluß fassen. Es müßten durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden, um der ganz besonderen Notlage abzuhelfen. Stadtrat Köz betonte, daß ein erheblicher Teil unserer Bevölkerung seit acht Jahren ohne Arbeit und Verdienst sei. Er bat die Abgeordneten, daß ausreichende Arbeitsmöglichkeit dem Vogtlande endlich geschafft werden solle und die Mittel, die für die Arbeitslosen bereits bereitgestellt worden sind, erstattet werden möchten. Der Amtshauptmann Dr. Schelcher schloß sich diesen Ausführungen an und betonte, daß im Bezirk Falkenstein auf 1000 Einwohner 93, im Bezirk Auerbach 77, in der Stadt Falkenstein 98 bezw. 85 Erwerbslose kommen. Noch schlimmer sei es in den Dorfgemeinden in der Umgebung von Auerbach und Falkenstein.

Aue. Im Sommer v. J. wurde der geplante Bau von zwei Wohnhäusern durch die Stadt wegen der hohen Baukosten verschoben; jetzt bewilligten die Stadtverordneten für diesen Zweck 1 300 000 Mk. Es werden durch die Neubauten 20 Wohnungen geschaffen.

Schwarzenberg. Die Stadtverordneten bewilligten 18 500 Mk. als einmalige Kosten zu physikalischen und chemischen Werkstattversuchen an der Realschule.

Aus der Umgebung.

Achtung, Landarbeiter!

Die Agrarier rüsten.

Der Verband Sächsischer Landwirte weist seine Geschäftsstellen und Vertrauensmänner durch Rundschreiben an, diejenigen Landarbeiter mit genauer Adresse bekanntzugeben, die von der Reaktion bei eventuellen Aktionen sofort hinter Schloß und Riegel gebracht werden sollen. Ein günstiger Wind wehte uns so ein Rundschreiben auf den Tisch. Es ist uns zwar schon lange kein

---

Jimmie Higgins

60] Von Upton Sinclair.

11.

Jimmie befand sich im siebenten Himmel, er schritt gleichsam auf Wolken dahin, endlich, endlich eine proletarische Regierung die erste in der Geschichte! Eine Regierung, zusammengesetzt aus Arbeitern gleich ihm, die selbst die Verwaltung des Landes in der Hand halten, ohne Politiker und Bankiers regieren. Und diese Proletarier treten vor die ganze Welt hin und reden die Wahrheit über Staatsangelegenheiten, in einer Sprache, die der gemeine Mann zu verstehen vermag! Das Herr wird aufgelöst, der Arbeiter heimgeschickt. Die Herren werden aus den Fabriken vertrieben, Arbeiterräte an ihre Stelle gesetzt. Der schmutzigen kapitalistischen Presse werden die Annoncen entzogen und sie wird dadurch lahmgelegt! Unser kleiner Freund rannte bereits frühmorgens zum Zeitungskiosk an der Straßenecke, um die Zeitung zu kaufen und das Neueste zu erfahren; meist eilte er dann lesend die Straße entlang, viel zu aufgeregt und vertieft, um an sein Frühstück zu denken!

Jimmie hatte in Ironton eine neue Bekanntschaft gemacht; der kleine Schneider Rabin, dessen Vorname Scholem lautete, was Frieden bedeutet, hatte ihm einen Empfehlungsbrief an seinen Bruder gegeben, der Cheyrus, Freiheit, hieß. Sobald am Nachmittag die Arbeitszeit in der Fabrik zu Ende war, kaufte Jimmie eine Abendzeitung und strebte Cheyrus' Schneiderladen zu, wo sich dann die beiden in die Nachrichten vertieften. „Bei Gott, hören Sie zu!" „Haben Sie je so etwas erwartet?!" „Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten ist ein marxistischer Jude, der selber der Redakteur am „Novij Mir" war, der revolutionären Zeitung, die Ihr Bruder Scholem hielt!" „Er ist im Waldorf-Astoria-Hotel Kellner gewesen, und jetzt veröffentlicht er die Geheimverträge, erläßt Manifeste an das internationale Proletariat!"

Natürlich war die amerikanische Kapitalistenpresse mit Lügen über die neue Revolution angefüllt, doch vermochte Jimmie zwischen den Zeilen zu lesen, und die sozialistischen Blätter, die noch erscheinen durften, belehrten ihn über alles. Alles, was die Bolschewiki taten, hielt Jimmie für recht, wurde ihnen ein Unrecht nachgewiesen, war dies eine Lüge. Der kleine Maschinist wußte, daß die Bolschewiki die vier Milliarden-Dollar-Anleihe, welche die Regierung des Zaren in Frankreich gemacht hatte, nicht anerkannten, und Jimmie wußte auch, welche ungeheure Lügenkraft in vier Milliarden Dollars stecken kann . . .!

Die amerikanischen Zeitungen waren empört, weil die russischen Sozialisten die Sache der Demokratie im Stich ließen und dadurch Deutschlands Sieg ermöglichten. Die amerikanische Presse nannte sie „deutsche Agenten" — doch machte dies auf Jimmie nicht den geringsten Eindruck, er kannte diese Bezeichnung, die auch auf die Arbeiter Amerikas angewendet wurde, allzu gut. Die erste Handlung der Bolschewiki war ein Aufruf an das revolutionäre Proletariat Deutschlands. Das russische Proletariat hat den Weg gewiesen, möge das deutsche ihm nachfolgen! Flugblätter wurden gedruckt, in Massen nach Deutschland geschmuggelt, von Luftschiffern ins deutsche Heer geworfen, und als Jimmie und Cheyrus lasen, wie die deutschen Generäle dagegen bei den Russen Protest einlegten, lachten sie laut auf vor Entzücken. Es war begreiflich, daß die Kriegsherren vor Angst winselten, sie wußten, was ihrer harrt. Und als die beiden Freunde dann im Januar lasen, daß eine deutsche Brigade gemeutert hatte, und etliche tausend Arbeiter in Deutschland streikten, vermeinten sie, das Ende sei gekommen. Der kleine Schneider erhob sich bei der nächsten Versammlung und schlug vor, die Ortsgruppenmitglieder sollen sich von nun an Bolschewiki nennen; die Resolution wurde unter Beifallsgebrüll angenommen. Und dann begannen die amerikanischen Bolschewiki Unterhandlungen mit den Gewerkschaften und forderten nach russischem Muster in den Fabriken Arbeiterräte.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Proletarische Tribüne. Wir werden um Aufnahme nachstehender Zuschrift gebeten: Am Sonntag, dem 23. Januar, vormittags 11 Uhr, wird im Leipziger Schauspielhaus ein neues Stück von Karl Friedrich Fischer, ein Proletarierdrama aus den gegenwärtigen Kämpfen in gedrängter naturalistischer Form: Der Besessene, seine Uraufführung erleben. Die Rollen liegen in Händen von Gertrud Langfelder, Christiane Brassel, Hans Steiner, Otto Berther, Adolf Braunstein, Wilhelm Berthold, Karl Walden. Diese Aufführung soll ein neues Theaterunternehmen eröffnen, das sich ausschließlich an Arbeiter wendet: Die proletarische Tribüne. Mit der ersten Aufführung, die andeutet, was künstlerisch erstrebt werden soll, wird ein Aufruf an die Leipziger Arbeiter ergehen, sich zu einem Verein zusammenzuschließen, um sich eine Tribüne zu schaffen, von der herab in ihrem Empfinden gesprochen werden kann. 3 Mk. Monatsbeitrag genügen, um das Unternehmen zu sichern. Zu billigsten Eintrittspreisen sollen gute Werke geboten werden, die der Weltanschauung eines modernen revolutionären Arbeiters entsprechen. Vorgesehen sind u. a. Werke von Gorki, Rezö, Sinclair, Rosenow. Vor allem werden Uraufführungen proletarischer Dichtwerke geplant. Eine Reihe erster Kräfte hiesiger Theater hat sich bereit erklärt, das Unternehmen zu unterstützen. Die Vorstellungen sollen in verschiedenen Sälen stattfinden. Die ganze administrative Leitung wird in den Händen der sich zum Verein zusammenschließenden Arbeiter selbst liegen.

Eine vom Spielplane der Theater unabhängige Tribüne von der proletarische Dichter zu Arbeitern sprechen könnten, wäre durchaus zu begrüßen. Die Frage ist nur, ob dazu eine neue Vereinigung nötig ist, oder ob nicht die bestehenden Organisationen benutzt werden können. Wir verweisen auf die Eröffnungsvorstellung und werden auf die Gründung noch zurückkommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210105/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Geheimnis mehr, was die Reaktion plant, das Rundschreiben zeigt aber ganz deutlich, mit welchen Mitteln die Agrarier der Landarbeiterschaft zu Leibe gehen wollen. Die Landarbeiter werden den Beweis erbringen, daß sie nicht schlafen. Das Rundschreiben wird sie zur besonderen Wachsamkeit anstacheln. Das Rundschreiben lautet:

Borna, den 28. Dezember 1920.

Land- und forstwirtschaftlicher Verband.
Rundschreiben Nr. 36.

Eilt sehr! Streng vertraulich!

An die Herren Vertrauensmänner und die größeren Güter des Bezirks.

Der Verband Sächsischer Landwirte schreibt uns:

Wir bitten umgehend um Uebersendung der Namen und Adressen der Vertrauensleute der Arbeiterorganisationen auf den mittleren und größeren Gütern. Es ist dringend erforderlich, daß wir in den allernächsten Tagen in den Besitz der Angaben gelangen.

Verband Sächsischer Landwirte,
Ausschuß für Arbeiterinteressen.

Die gleichen Unterlagen brauchen wir ebenso notwendig für die Bezirksorganisation mit der weiteren Ausdehnung, daß wir diese auch von den Vertrauensleuten der Dörfer gebrauchen. Wir geben nachstehend einen Vordruck mit der Bitte, genaue Ausfüllung und umgehende Rücksendung derselben an unsre Adresse nach hier.

Mit deutschem Gruß!
Land- und forstwirtschaftlicher Verband
für den Bezirk der Amtsh. Borna, Landbund e. V.
Der Vorsitzende: gez. Papenstecher.
Die Geschäftsführung: gez. Frenzel.

recht euch fest zusammenschließen, um gegen alle Anschläge gewappnet zu sein. Die Reaktionäre wollen euch in die alte Sklaverei zurückführen. Laßt euch dies nicht gefallen, stellt euch Mann für Mann hinter eure Vertrauensleute. Wenn einem von diesen ein Haar gekrümmt wird, dann müßt ihr geschlossen in den Kampf treten. Eure ureigensten Interessen stehen auf dem Spiel. Seid auf der Wacht!

---

p. **Schleudit.** In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde über eine Steuervorlage, die den reichssteuerfreien Einkommenteil zur städtischen Steuer heranzieht, endgültig Beschluß gefaßt. Die Steuer beginnt bei einem steuerbaren Einkommen von 10000 Mark für ledige Personen. Bei verheirateten Personen ohne Kinder bei 15000 Mk., bei solchen, wo der steuerfreie Einkommenteil 2500 und 3000 Mark beträgt, bei 16000, wo er 3500 und 4000 Mk. beträgt, bei 17000 und wo er über 4000 Mk. beträgt, bei 10000 Mk. Die Neukommunisten wandten sich gegen diese Vorlage, obwohl ihr Fraktionsführer im Magistrat durch Unterschrift seine Zustimmung gegeben hatte und die beiden anderen, in einer früheren Sitzung, einer schlechteren Vorlage, die aber die Zustimmung des Finanzamtes nicht gefunden hatte, schon zugestimmt hatten. Die hiesige Schwesternstation ist eine Einrichtung der evang. Kirche. Der Einfluß, den die Stadtgemeinde bis jetzt ausgeübt hatte, sollte eingedämmt und das Recht der Kirche erweitert werden. Daß die Tätigkeit der Schwesternstation für die Aermsten der Armen segensreich wirkt, ist anzuerkennen. Ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung nimmt aber Anstoß an der kirchlichen Einrichtung, weil sie längst innerlich mit der Kirche gebrochen hat. Angeblich ist aber die Kirche nicht in der Lage, diese Einrichtung finanziell zu halten. Um das Weiterbestehen zu sichern, unterbreitete der Magistrat eine Vorlage, wonach die Schwesternstation vom 1. Juni 1921 an auf den Etat der Armenkasse übernommen und die Schwester im Wege des Privatdienstvertrages angestellt werden soll. Dem wurde zugestimmt. Die Polizeikommissarstelle soll vom 1. Juni 1921 ab in eine Stadt- und Polizeisekretärstelle umgewandelt werden. Da der Inhaber der Stelle keinen Außendienst verrichtet, erscheint es ratsam, ihn in anderen Zweigen der Verwaltung zu beschäftigen. Dagegen wehrten sich die bürgerlichen Vertreter mit der Begründung, daß es eine Herabsetzung des Stelleninhabers wäre. Von den Vertretern der U. S. P. wurde bei dieser Gelegenheit auf das schikanöse Tun und Treiben der Polizei vor dem Kriege hingewiesen und daran erinnert, daß im besonderen die sozialistische Arbeiterschaft zu leiden gehabt hat. Gegen die bürgerlichen Stimmen wurde die Vorlage angenommen. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Bericht über die Erkundigungen über die zur engeren Wahl gestellten Bewerber zur Bürgermeisterstelle entgegengenommen. Einmütig wurden beide Kandidaten abgelehnt. Die Wahlvorbereitungskommission wurde beauftragt, fünf weitere Bewerber in Vorschlag zu bringen, eventuell eine Neuausschreibung vorzunehmen.

en. **Markranstädt.** Aus dem Stadtgemeinderat. Ueber die Abänderung des Ortsgesetzes zur Gewährung von Aufwandsentschädigungen ist man sich einig. Es sollen in Zukunft nur Stadtrats- oder Gemeinderatssitzungen, die versäumt werden, mit 5 Mk. pro Sitzung in Abzug gebracht werden. Bezüglich des reichssteuerfreien Einkommens blieb es bei dem Beschluß vom 24. November, wonach Ledige von 7000 Mk. an, Verheiratete von 14 000 Mk. an die steuerfreien Einkommen versteuern sollen. Die Kreishauptmannschaft hat dies abgelehnt und verlangt die Festsetzung auf 5000 Mk. und 8000 Mk. Der Stadtgemeinderat steht auf dem Standpunkte, sich von der Kreishauptmannschaft nicht diktieren zu lassen. Sollte dadurch der Stadt diese Steuerquelle verlorengehen, so ist die Kreishauptmannschaft dafür verantwortlich. Bei dem Antrage, einer Einkaufsgenossenschaft oder einem Gemeindeverband zur Beschaffung von Lernmitteln beizutreten und hierzu die neun Stammanteile in Höhe von je 1000 Mk., also 9000 Mk., zu bewilligen, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Bürgerlichen. Schließlich wurde der Beitritt sowie die Bewilligung der 9000 Mk. beschlossen. Den Gemeindebeamten bewilligte man einen Teil der Teuerungszulagen zwischen den Klassen E und B, und zwar 50 Proz. Ausgleichsteuerungszuschlag, erhöht die Kinderzulage von 50 auf 75 Proz. und den Gehalt der Diätarier, soweit es nach dem staatlichen Gesetz zulässig ist. Die Strompreise sind bei den Landkraftwerken von 0,09 auf 0,11 erhöht worden. Die Stadt ist daher gezwungen, vom 1. Januar ab auch höhere Preise zu nehmen, und zwar einen Einheitspreis für Kraft und Licht von 1,70 Mk. pro Kilowattstunde. Den Arbeitslosen bewilligte man ein Weihnachtsgeschenk, und zwar Ledigen 35 Mk., Verheirateten 50 Mk. und jedem Kinde 5 Mk. Auch sollen billige Kartoffeln und Feuerung geliefert werden. Bei der Kreishauptmannschaft soll nachgefragt werden, ob billige Lebensmittel zu erhalten sind. Auf unsere Anregung sollen die Gemeinderatssitzungen in Zukunft in der Leipziger Volkszeitung bekanntgegeben werden. Dem Einbürgerungsgesuch des Buchhalters Künzel stimmte man zu. Das Gesuch des Ratsassessor Sammt, ihn als besoldeten Stadtrat oder als Stadtamtmannsrat anzustellen, wurde abgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Kommunisten gegen die Gewerkschaften.

Nach seiner Rückkehr aus Halle hat Sinowjew auf der **5. Allrussischen Konferenz der Gewerkschaften** eine Rede gehalten, in der er in bezug auf die der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Gewerkschaften nach der **Ekonomitscheskaja Shisn** u. a. sagte:

„Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bildet einen Teil, und zudem den wichtigsten, der 2. Internationale.

Dank dieser Organisation kann die Bourgeoisie noch weitere fünf, zehn und mehr Jahre ihrer Existenz von der Geschichte abhandeln. **In Deutschland sind viele Gewerkschaften nichts weiter als Polizeireviere.** Schritt um Schritt drehen die Führer dieser Bewegung den Strick um den Hals der Arbeiterklasse, **indem sie ihre konterrevolutionäre Organisation ausbauen.** Diese Leute, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind und alle schwachen Seiten der Arbeiterklasse kennen, sind in der Lage, die Gewerkschaften in mächtige **Bollwerke gegen die Arbeiterklasse zu verwandeln.**

Die Gewerkschaftsfrage ist die wichtigste und ernsteste Frage der proletarischen Bewegung. **Die jetzigen Gewerkschaften sind eine wissenschaftlich organisierte Konterrevolution, sind systematisch ausgebaute bürgerliche Reviere, deren Aufgabe es ist, unsre Reihen zu sprengen.** Die dritte Internationale hat einen ungeheuren Sieg erfochten, aber wir stehen jetzt vor der Aufgabe, das **feindliche Lager der Weißen** zu erobern, daß sich **Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale** nennt.

Sinowjew geht dann auf die Frage ein, welche Stellung man den Syndikalisten gegenüber einnehmen müsse. Er befürwortet ein Zusammengehen mit ihnen, bis überall in der ganzen Welt die bolschewistische Revolution gesiegt hat. Nachher würde wahrscheinlich ein Teil der Syndikalisten und Anarchisten genau wie in Rußland abschwenken. Für die Gegenwart jedoch proklamiert Sinowjew folgende Parole, die er vor allem an die Adresse der Führer und Parteischriftsteller richtet:

„Ueberlegt es euch, bevor ihr ein Wort gegen die Syndikalisten sagt D'Aragona ist auch ein Marxist. Er hat Marx gelesen, um nach der Lektüre die Arbeiter zu betrügen und alle Mittel gegen die Arbeiterklasse zu gebrauchen. **Wir aber brauchen Leute, die Marx nicht gelesen haben,** die aber, wenn die sozialistische Revolution begonnen hat, ehrlich und aufrichtig für sie kämpfen wollen."

In seinen weiteren Ausführungen polemisiert Sinowjew gegen die Bedenken einiger Genossen, welche die Rolle der politischen Parteien in der dritten Internationale nicht so sehr betonen wollen. Er verlangt demgegenüber, daß die **Kommunistische Partei die allgemeine grundlegende Richtung der Internationale bestimmen** müsse und daß man den Gewerkschaften gegenüber keine Heimlichtuerei, keine Diplomatie betreiben dürfe. Die internationale Konferenz der Gewerkschaften, die früher für den Januar in Aussicht genommen wurde, werde jetzt bis zum April verschoben werden müssen. Bis dahin müsse eine umfassende organisatorische und agitatorische Arbeit geleistet werden. **Man müsse hierbei den Gewerkschaften offen sagen, daß sie einen Teil der dritten kommunistischen Internationale bilden würden. „Wir haben",** so erklärte Sinowjew wörtlich, **„bisher darüber geschwiegen. Jetzt jedoch müssen wir diesen Gedanken verwirklichen und den Arbeitern der ganzen Welt erklären, daß es anders gar nicht gehen kann."**

Es ist geradezu verblüffend, mit welcher Dreistigkeit Sinowjew gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Westeuropas aufzutreten und die Gewerkschaften als „Polizeireviere" „und wissenschaftlich organisierte Konterrevolution" zu bezeichnen wagt. Diese Frechheit ist um so größer, wenn man dagegen hält, daß es im Herrschaftsbereich Sinowjews, in Sowjetrußland, für die Arbeiter überhaupt keine Koalitionsfreiheit gibt und daß das Streikrecht durch einen neuerlichen Erlaß der Sowjetregierung ausdrücklich gänzlich aufgehoben worden ist. Der Vertreter einer Partei, wie die bolschewistischen, die der Arbeiterschaft das elementarste Recht gänzlich vorenthält, hat das Recht verwirkt, sich zum Richter über die Arbeiterorganisationen andrer Länder aufzuwerfen.

Sinowjew wärmt die alte Lüge wieder auf, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ein Teil der 2. Internationale sei, ohne Beweise dafür zu erbringen. Durch die Wiederholung wird diese Lüge natürlich nicht wahrer. Interessant ist es aber, daß Sinowjew offen ausspricht, daß **die dem Moskauer Gewerkschaftsrat beitretenden Gewerkschaften ein Teil der dritten kommunistischen Internationale** bilden und daß die **kommunistischen Parteien,** also in praxi die bolschewistische Partei Rußlands, die **grundlegende Richtung bestimmen werden.** Damit ist klare Bahn geschaffen worden. Die Versuche kommunistischer Redner, wie letzthin der Wolfs in der Bauarbeiterversammlung, über diese Tatsache hinwegzugleiten, zeigen, daß diese Offenheit Sinowjews seinen deutschen Anhängern sehr unbequem ist. Offen tritt zutage, daß von Rußland aus der Versuch gemacht wird, über den Umweg des Moskauer Gewerkschaftsrates die Arbeiterschaft Deutschlands vor den Karren der bolschewistischen Partei Rußlands zu spannen, nachdem dies edle Bestreben auch durch die Zerschlagung der USP. nicht geglückt ist.

So wie Sinowjew nicht davor zurückgeschreckt ist, die USP. zu zerreißen, so schreckt er auch nicht zurück vor einer **Sprengung der Gewerkschaften.** Das kommt deutlich zum Ausdruck in seiner Stellung zu den Syndikalisten, für die er eine besondere Liebe im Busen verwahrt. Daß Sinowjew hierbei nicht allein steht, zeigt die Aufnahme der KAPD. in die 3. Internationale, die bekanntlich die Zerschlagung der **Gewerkschaften** mit allen **Mitteln** und die **Gründung syndikalistischer Organisationen** auf ihre Fahne geschrieben hat. Von einer Zerschlagung der Gewerkschaften hätten die Kapitalisten ganz allein den Nutzen, die Leidtragenden wären die Arbeiter. Deshalb charakterisiert sich das Vorgehen Sinowjews und des hinter ihm stehenden Moskauer Gewerkschaftsrates als **objektiven Arbeiterverrat** schlimmster Couleur. Die mit Spießbürgerwildheit vorgetragenen Phrasen und Plattheiten Sinowjews können darüber nicht täuschen.

Die Auffassung, daß der Moskauer Gewerkschaftsrat Leute nicht braucht, die **Marx gelesen** haben, ist verständlich. In der Tat, wozu brauchen Leute vom Schlag Sinowjews marxistisch geschulte Proletarier? Sie brauchen **willenlose Handlanger,** die sich nach **Ludendorffs Art kommandieren** lassen und die sozialen Probleme der Revolution mit Moskaus Heugabeln und Schimpfkanonen lösen.

Während von den Kommunisten so auf die „gelben" Gewerkschaften geschimpft wird, stellen dieselben kommunistischen Leuchten den Antrag, selber zu Institutionen dieser „Polizeireviere" zugelassen zu werden. So teilte der Sekretär in der am 1. und 2. Dezember in Hamburg tagenden Sitzung des **Gesamtvorstands der Bauarbeiterinternationale** mit, daß der **allrussische Bauarbeiterverband** Aufnahme in die Bauarbeiterinternationale begehrt hat. Der Vorstand beschloß, das durch Losowsky gestellte Aufnahmebegehren des allrussischen Bauarbeiterverbands mit dem Hinweis zu beantworten, daß die der Bauarbeiter-Internationale angeschlossenen Verbände **Mitglieder des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam) sind und dessen Beschlüsse anerkennen.** Sollte der allrussische Bauarbeiterverband trotz dieses Hinweises Mitglied der Bauarbeiter-Internationale werden wollen, so stände der Aufnahme nichts entgegen.

Demnach scheinen also die Führer der russischen Gewerkschaften selbst der Ansicht zu sein, daß zwischen ihren Worten und den wirklichen Tatsachen ein himmelweiter Unterschied klafft. Um so erbärmlicher ist ihre und ihrer Nachbeter auf die Zersplitterung der deutschen Gewerkschaften gerichteter Kampf. Die Mehrzahl der Arbeiter, die mit dem Moskauer Gewerkschaftsrat sympathisieren, wollen die Zerreißung der Gewerkschaften nicht. Sie dürfen sich deshalb auch von den schlauen Wortführern der Kommunisten nicht dazu mißbrauchen lassen, sintemal das praktisch Durchführbare und sachlich Begründete ihrer Forderungen von den deutschen Gewerkschaften längst als Selbstverständlichkeit in Anwendung gebracht wird oder sich je länger je mehr durchsetzt.

Der AfA-Bund zum Streikrecht in lebenswichtigen Betrieben.

Aus Anlaß der Vorgänge beim Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik veröffentlicht der Vorstand des AfA-Bundes folgende Stellungnahme:

Der Vorstand des Afa-Bundes wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den Moskauer Drahtziehern eingefädelten Versuche, die Angestellten und Arbeiter lebenswichtiger Betriebe in wilde Streiks zu treiben und so chaotische Zustände herbeizuführen. Angesichts dieser Putschistentaktik von links und den damit motivierten scharfmacherischen Gegenmaßnahmen der Reaktion werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer aufgefordert, auf dem Wege der Selbsthilfe durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen Entscheidungsstellen zu schaffen, deren Zustimmung für die Einleitung von Streiks in lebeswichtigen Betrieben vorher eingeholt werden muß.

Hierbei lehnt der AfA-Bund jede Einschränkung des Streikrechts entschieden ab und protestiert gegen die Verordnung des Reichspräsidenten anläßlich des Elektrizitätsarbeiterstreiks. Sie stellt nur eine Wiederbelebung des von allen Gewerkschaften abgelehnten Entwurfs der Schlichtungsordnung dar. Ebenso wird die Technische Nothilfe nach wie vor als eine behördlich sanktionierte Organisation des Streikbruchs abgelehnt.

Die Grundsätze der Menschlichkeit und der Arbeitnehmersolidarität gebieten es aber, daß die Belegschaft eines Betriebes, dessen Stillegung das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsleben aufs empfindlichste berührt, ihre Entscheidung in der vorgeschlagenen Weise und unter unmittelbarer Mitwirkung einer Körperschaft trifft, die als Vertretung der Gesamtheit aller Arbeitenden angesprochen werden kann.

Sprengkapseln.

Die kommunistische Partei gibt ab 8. November ein neues Organ zur Sprengung der Gewerkschaften heraus. Eine „Wochenzeitung", der man den Namen Der kommunistische Gewerkschaftler gab. Mit dem Erscheinen des Kommunistischen Gewerkschaftlers stellen der Arbeiterrat und die Kommunistische Rätekorrespondenz ihr Erscheinen ein.

Was mit diesem neuen Wochenblatt bezweckt werden soll, ersieht man schon daraus, daß es angepriesen wird als „Arznei gegen das Gift, das Tag für Tag durch die rechtsstehende Arbeiterpresse und allwöchentlich durch die Millionen Gewerkschaftsblätter den Arbeitern eingeflößt werde".

Die verderblichen Absichten der kommunistischen Führer werden am gesunden Sinn der Arbeiterschaft scheitern.

Hüttenarbeiterstreik bei Thyssen.

In den Thyssenschen Hüttenbetrieben im Hamborn-Duisburger Gebiet hatten die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 20 Proz. gefordert. Thyssen antwortete im Vollbewußtsein seiner Uebermacht mit einer Aussperrung von 13500 Arbeitern. Die Arbeiter haben daraufhin in einer Stärke von 30000 Mann die Arbeit niedergelegt. Die Bergarbeiter des Thyssen-Konzerns arbeiten noch. Sie unterbreiteten jedoch der Firma ein befristetes Ultimatum mit der Androhung, die Arbeit in acht Schächten niederzulegen, wenn nicht bis Montag abend eine befriedigende Antwort eingegangen sei. Auch von dieser Bewegung werden 30000 Mann erfaßt werden.

Das Ueberschichtenabkommen in der oberschlesischen Berg- und Hüttenindustrie wurde durch die Botschafterkonferenz in Paris genehmigt. Mit dem Verfahren der Ueberschichten soll alsbald begonnen werden.

In der thüringischen Textilindustrie sind die neuerlich eingeleiteten Tarifverhandlungen zum Abschluß gekommen. Zwischen der Arbeitsgemeinschaft des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien und der Konvention sächsisch-thüringischer Färbereien einerseits und dem deutschen Textilarbeiterverband, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter und dem Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaftsverbande anderseits ist ein Abkommen dahin getroffen worden, daß in der Textilindustrie Winterteuerungszulagen, zunächst bis 31. März 1921, gewährt werden. Damit beträgt jetzt der Stundenlohn für Facharbeiter über 20 Jahre 5.45 Mk., für Facharbeiterinnen 4.80 Mk.

Der Gewerkschaftskongreß der 3. Internationale ist nach einer Mitteilung des Exekutivkomitees des provisorischen internationalen Rates der roten Gewerkschaften technischer Verhältnisse halber bis zum Frühjahr verschoben worden.

Wirkung der Wirtschaftskrise im Ausland.

Die Frage der Arbeitslosigkeit nimmt in der Schweizer Presse einen immer größeren Raum ein. In Genf veranstalteten 2000 Arbeitslose mit dem Rufe: „Arbeit und Brot!" eine Demonstration.

In Swansea in England ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Eisenblechbranche ein Abkommen getroffen worden, durch das die Löhne um 30 Prozent herabgesetzt werden; von der Lohnherabsetzung werden 27 000 Arbeiter betroffen.

Wie Chicago Tribune aus Detroit meldet, sind die Ford-Automobilwerke wegen Mangels an Bestellungen bis zum 1. Februar geschlossen worden. Die Edison-Phonographenwerke in East Orange haben ihren Betrieb auf unbestimmte Zeit eingestellt. In Fall River haben sechs verschiedene Arbeitervereinigungen der Textilindustrie mit 35 000 Mitgliedern einer Lohnherabsetzung um 22½ Prozent zugestimmt, um die Fortführung den Betriebe zu ermöglichen.

Der Streik der österreichischen Südbahner im Bereich des Grazer Industriebezirkes setzte zu Mitternacht des 4. Januar ein. Nur die Beamten arbeiten. Die Arbeiter sind auf ihrem Posten erschienen, verrichten aber keinen Dienst. Der Verkehr von Wien geht nur bis Bruck an der Mur. In Graz haben die Bediensteten der Staatsbahn sich mit Ausnahme der Beamten dem Ausstande der Südbahner angeschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt.

K. T., Kleinzschocher. Wenn Ihre Frau eine angemessene Aussteuer erhalten hat, so wird wohl nichts mehr zu machen sein. Eine Klage gegen den Schwiegervater dürfte kaum Erfolg haben. Nur wenn Ihre Frau in eine Notlage gerät, die Sie nicht beseitigen können, muß sie der Vater unterstützen. — 40 Pfg. Parteikasse.

Invalidenversicherung. 1. Es ist nützlich, die Beiträge weiter zu bezahlen. 2. Ja. 3. Ja, unter gewissen Voraussetzungen.

Hollenkamps Inventur-Ausverkauf
ist die beste Notstands-Kleider-Versorgung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210105/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

10000 Mark Belohnung!

Seit längerer Zeit schon wird ein Postscheckschwindler gesucht, dem es am 7. Dezember wiederum gelungen ist, einen Betrag von 160000 Mk. zu erschwindeln. Der Mann, der sich die verschiedensten Namen beigelegt hat und sich als Vertreter einer in Wirklichkeit nicht bestehenden Firma mit klangvoller Bezeichnung ausgibt, hat sich wiederholt ein Zimmer gemietet, das er aber niemals benutzt, sondern nur flüchtig aufgesucht hat, um die für ihn eingegangenen Postsendungen abzuholen. Zuweilen hat er diese Sachen auch durch Kinder oder andere Personen, die er offenbar auf der Straße zu diesem Zwecke angenommen hat, abholen lassen. Als Ausweis benutzt er Papiere wie Wohnungsmeldescheine und Militärpässe, die er denjenigen Personen, deren Namen er sich beilegt, entweder entwendet oder unter dem Vorgeben, ihnen eine Stellung in seinem Geschäfte zu verschaffen, für einige Tage oder Wochen abgelockt hat.

Der Mann wird wie folgt beschrieben: Etwa 28—30 Jahre alt, 1,65—1,70 m groß, schlanke Gestalt, schmales verlebtes Gesicht, dunkelblondes, gescheiteltes Kopfhaar, dunkelblonder, kurzgeschnittener Schnurrbart, gewandtes, sicheres Auftreten. Um sich unkenntlich zu machen, färbt er in letzter Zeit Haar und Schnurrbart schwarz, kräuselt das Kopfhaar, legt bisweilen stärkeren Schnurrbart und Koteletten an und schminkt seine Backen, wodurch er ein frischeres Aussehen bekommt. Auch legt er sich manchmal ein kleines Pflaster von weißer oder rosaer Farbe auf die rechte Backe. Ferner trägt er hin und wieder einen Klemmer mit oder ohne goldene Einfassung. An der Hand hat er einen Trauring und einen Brillantring. Seine Kleidung ist modern und elegant. Er ist sowohl in einem Cutaway mit gestreifter Hose als in einem braunen Anzug mit Riegel am Jackett und umgekrempelter Hose als auch in einem schwarz- und weißkarierten Anzug mit Gürtel und Schnalle gesehen worden, dazu hat er einen grauen Ulster mit Raglanärmeln, bisweilen auch einen schwarzen Ueberzieher mit Samtkragen getragen. Ferner besitzt er einen gelben Regenmantel. Er trägt schwarze Schnürschuhe mit Lackkappen, auch Lackschuhe mit hellem Ledereinsatz, Kragen mit umgeschlagenen Ecken, dazu Selbstbinder und schwarz-weißen modernen Halsschal. Meistens hat er einen hellen weichen Filzhut mit schwarzem Bande auf, zuweilen auch einen schwarzen Filzhut. In einem hiesigen Hotel, in dem er sich 2 Tage lang aufgehalten hat, ist beobachtet worden, daß er einen flachen braunen Rohrplattenkoffer (80×60×35 cm) in der Hand hatte, an dem sich eine Lederfahne zur Aufnahme der Aufschrift und Klebezettel befand.

Wer eine Person kennt, die die beschriebenen Aenderungen an ihrem Aussehen vorgenommen hat, oder sonstige zweckdienliche Angaben machen kann, die zur Ermittelung des Täters führen, wird gebeten, sofort der nächsten Polizeiwache oder in der Kriminalabteilung des Polizeiamts Mitteilung zu machen. Insbesondere werden Zimmervermieterinnen auf den Schwindler aufmerksam gemacht, ferner alle diejenigen, denen er im Hotel Hochstein am Bayerischen Platz unter dem Vorwande, ihnen eine Stellung verschaffen zu wollen, ihre Ausweispapiere auf kurze Zeit abgenommen hat, sowie Kinder und sonstige Personen, die er zur Abholung seiner Postsachen aus seiner Wohnung aufgefordert hat.

Auf die Ermittelung des Schwindlers wird von der Oberpostdirektion in Leipzig eine Belohnung von 10000 Mark ausgesetzt, deren Verteilung beim Zusammenwirken mehrerer Personen unter Ausschluß des Rechtsweges vorbehalten bleibt.

Leipzig, am 4. Januar 1921.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Bekanntmachung betreffend Kapitalertragsteuer.

Zur erleichterten Durchführung der Steuerbefreiungen in § 3 des Kapitalertragsteuergesetzes hat der Reichsminister der Finanzen unter dem 29. August 1920 die im Zentralblatt für das Deutsche Reich vom 17. September 1920 (S. 1439 flg.) veröffentlichte Verordnung erlassen.

Zur Ausführung dieser Verordnung wird Folgendes bestimmt:

1. Gläubigern, die öffentliche Behörden sind oder unter der Verwaltung öffentlicher Behörden stehen, ist die Einreichung eines vereinfachten Vermögensverzeichnisses ohne Angabe der üblichen Unterscheidungsmerkmale bei den Wertpapieren und ohne Aufführung der Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden und sonstigen Forderungen im einzelnen gestattet; die Zusammenfassung der Kapitalanlagen hat jedoch nur insoweit stattzufinden, als der Zinsfuß der gleiche ist. Dasselbe gilt auch für Gläubiger, die nicht zu den öffentlichen Behörden gehören, diesen aber gleichzuachten sind. Hierzu zählen von den in § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Kapitalertragsteuergesetzes genannten Gläubigern die öffentlichen Sparkassen, die Träger der reichsgesetzlichen Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-, sowie Angestelltenversicherung, die Besoldungs-, Ruhegehalts- und Versorgungskassen der Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, sowie die Universität und andere Hochschulen, und die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, ferner soweit sie unter staatlicher oder öffentlicher Verwaltung oder Aufsicht stehen, die Pensionskassen für Beamte und Angestellte und die a. a. O. unter Nr. 2b befreiten Stiftungen, Anstalten, Kassen und Personenvereinigungen.

2. Die Entscheidung über die Ermächtigung der in Satz 3 des vorigen Abschnitts genannten Gläubiger und außerdem der Kirchen, sowie der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften des öffentlichen Rechts (§ 3 Abs. 1 Nr 6 des Gesetzes), den Schuldnern von Kapitalerträgen der in § 2 Nr. 1, 4, 5 bezeichneten Art mitzuteilen, daß diese Kapitalerträge steuerfrei und daher unverkürzt auszuzahlen sind, ist den Finanzämtern übertragen worden.

3. Die Erstattung der Kapitalertragsteuer kann, soweit der gesamte, innerhalb eines Jahres zu erstattende Betrag 300 Mk. übersteigt, vierteljährlich erfolgen.

4. Vordrucke für Erstattungsanträge nach § 11 der Verordnung vom 29. August 1920 sind bei den Finanzämtern erhältlich.

Leipzig, den 27. Dezember 1920.

Landesfinanzamt
Abt. für Besitz- und Verkehrssteuern.

Brennholzabgabe im Connewitzer Revier. **Sonnabend, den 8. Januar,** sollen die Nummern 7501—8300 mit Brennholz beliefert werden. Bezahlung und Uebergabe im Gerätehof der Straßenreinigung (Fockestraße) von 8—11 Uhr. Daselbst gelangen auch Reisighaufen ohne Nummernausweis zum Verkauf. Sofortige Abfuhr erforderlich.

Leipzig, d. 3. 1. 21. **Der Rat der Stadt Leipzig.**

Die gelben Vollmilchkarten für Kinder von 2 bis 4 Jahren dürfen vom 6. Januar 1921 an bis auf weiteres täglich mit ½ Liter Vollmilch beliefert werden.

Ernährungsamt Leipzig, am 4. Januar 1921.

Bekanntmachung.

Die bisher im Dienstgebäude der vorm. Bezirkssteuereinnahme Leipzig vereinigt gewesenen Finanzämter Leipzig I—V werden am 3. Januar 1921 räumlich von einander abgetrennt. Es befinden sich die Diensträume der Finanzämter

Leipzig I im Westflügel des Hauptzollamtsgebäudes, Hauptzollamtsstraße 2,

Leipzig II—IV im Gebäude der vorm. Bezirkssteuereinnahme, Leipzig, Seeburgstraße 7/9,

Leipzig V im Stabsgebäude und dem neben ihm liegenden Gebäude der Kaserne des vorm. Inf.-Reg. 106 in L.-Möckern, Aeuß. Hallesche Str.

Es umfassen die Amtsbezirke der Finanzämter

1. Leipzig I
den Stadtbezirk Leipzig-Stadt-Mitte,

2. Leipzig II
den Stadtbezirk Leipzig-Stadt-Süd, den Amtsgerichtsbezirk Zwenkau und die Orte Gautzsch, Großzschocher-Windorf, Oetzsch-Markkleeberg,

3. Leipzig III
den Stadtbezirk Leipzig-Stadt-Ost und die Orte Baalsdorf, Crostewitz, Cröbern, Engelsdorf, Großpösna, Güldengossa, Hirschfeld, Holzhausen, Liebertwolkwitz, Mölkau, Störmthal, Wachau, Zuckelhausen, Zweinaundorf.

4. Leipzig IV
den Stadtbezirk Leipzig-Stadt-West, den Amtsgerichtsbezirk Markranstädt und die Orte Böhlitz-Ehrenberg, Burghausen, Gundorf, Leutzsch, Schönau.

5. Leipzig V
den Stadtbezirk Leipzig-Stadt-Nord, den Amtsgerichtsbezirk Taucha und die Orte Abt-Naundorf mit Heiterblick, Göbschelwitz, Hänichen, Lindenthal mit Breitenfeld, Lützschena, Podelwitz, Quasnitz, Seehausen, Stahmeln, Wahren, Wiederitzsch.

Straßenverzeichnisse der Finanzamtsbezirke sind bei den Finanzämtern Leipzig I—V einzusehen.

Die sachliche Zuständigkeit der Finanzämter ergibt sich aus der unter dem 31. Dezember 1920 in der Sächsischen Staatszeitung erlassenen Bekanntmachung.

Wegen der Verwaltung der Reichsstempelabgaben ergeht unter dem 31. Dezember 1920 in der Sächsischen Staatszeitung besondere Bekanntmachung.

Bei dem Finanzamt Leipzig I bleibt eine — hinsichtlich der Erbschaftssteuer vorläufig im Gebäude der vorm. Bezirkssteuereinnahme Leipzig, Seeburgstraße 7/9 untergebrachte — Abwickelungsstelle tätig. Das Nähere hierüber ist bei den Finanzämtern Leipzig I—V zu erfahren.

Leipzig, am 31. Dezember 1920.

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Taucha. 1. Donnerstag, vorm. 8—11 Uhr: Brikettverkauf bei Bunge. ½ Ztr. 8,25 Mk. 2. Sonnabend, vormittags 8—11 Uhr: Braunkohlenverkauf. Ztr. 6,25 Mk. Kohlenkarten dürfen keinesfalls übertragen werden.

Der Stadtrat.

Gemeindesparkasse Oetzsch-Markkleeberg
Geschäftszeit 8—1 Uhr
Einlegerguthaben 15000000 Mark. *

Sparkasse Borsdorf. Tägl. Verzinsung 3½ Prozent. Gruppe N. 1. Geschäftsstelle im Gemeindeamt in der Schule. Geschäftszeit wochentags 8—2 Uhr. Postscheckkonto 1454

Sparkasse Knauthain-Knautkleeberg. Geschäftslokal: Schule Knauthain, 5 Minuten vom Bahnhof Knauthain, 25 Min. von der Straßenbahn 1. Endstation Großzschocher. Geschäftszeit: Täglich vormittags von 9 bis 1 Uhr. Tägliche Verzinsung zu 3½ Proz. Kontrollmarken. Postscheckkonto Leipzig 20214. *

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle
Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof.
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendschriften.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. |*
Ankauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern

ff. Süßrahm-Margarine 1 Pfd.-Würfel Mk. 14
Prima reines Schweineschmalz Pfd. „ 18
Naumann, Plaffendorfer Str. 30, Ecke Dorfstr. Tel. 16535

ff. Leder-Ausschnitt
empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20—26. *

Barchent Mtr. 12 Mk. Handtuch 9.50, Inlett 19.50, Unt.-Taille 19.50, Kleiderstoff, doppelt, 22.— M, Bett- und Tischwäsche, Hemdentuche, Strümpfe, Seide spottbillig an Händler u. Private. **Bücker, Ranstädter Steinweg 33, 1., Tel. 3845.** *

Eröffne am 1. Februar 1921 ein
Spezialgeschäft für alle Zuginstrumente u. deren Bestandteile
Offerten an W. Uhlemann, Brüderstraße 5.

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Arbeitsmarkt

Stimmer für Zuginstrumente gesucht Brüderstraße 5, Uhlemann.

Redegewandte Reisende mit Fahrrad. Lohn 300 Mk. und Prozente. Schreiben und Rechnen kundig. Offert. unt. R. 79 an die Exped. d. Blatt.*

Schmiede-Lehrling |* **Stellmacher-Lehrling** finden gute Ausbildung in Wagen- u. Autokaroſſer.-Bau **Riener, Leutzsch, Hauptstr. 14.**

Modelle (weibl.) gesucht. Zu melden v. 5-7 Roßstr. 12. II. (Müller).*

Jung. Mädchen als Aufwart. ganze od. halbe Tage gesucht Rest. Sebastian-Bach-Str. 21.

Aufwartung f. vorm. 2 Stund. gesucht Dufourstraße 2, III.

Verkäufe

la Schmalz Pfund 16.50 bei 5 Pfund billiger |* **R. Geyer** Leipz.-Schönefeld Paul-Heyse-St. 30

la Schweineschmalz 16.50 la Tafelmargarine 13.60 la Schwarzfleisch, ger. 17.50 **Abendroth, Bo., Rabet 52**

la. Speisemöhren, Zentr. 24 Mk. **Hartisch,** Wurzner Str. 78.

Rippentabak, Pfd. 12 M verkauft Zigarrenfabrik Hainstraße 21, Treppe B. II.

Damenschuhe, hohe, m. Stoffeinlage, Gr. 36—37, zu verk. Kaiser-Friedrich-Str. 30, II. r.

Ulster — Paletots Loden-Gummimäntel Anzüge — Paletots Hosen — Westen — Jacketts Gehrock, Smoking, Cutaway, auch leihweise, neu u. getr. Militärsachen billigst * **Wadewitz** neben Astoria Windmühlenstr. 33, 1. Etg.

Jackettanzug, mod., neu, 375, Cutaway, gestreifte Hose, 275, Ulster, Gehrockanzug billigst* Lind., Demmeringstr. 72, II. l.

2 mod. Anzüge je 300 M **Cutaway m. W.** getr. 100 M neu 450 M **Gestr. Hose 60, 85 und 110 M** Mil.-Ulst.-Joppe, Ledergam. Nürnberger Str. 7, 1. rechts*

El. Cutw., gestr. Hose, 275, 375, mod. Anzug, Ulster, Gehrockanzug. Lange Str. 10, 1. |*

Eleganter Jackett-Anzug bill. Lindenauer Markt 11, I. r.

Cutaway m. gestreift. Hose bill. Lindenauer Markt 11, I. r.

Tüllkleid, weiß, ant. Kupferlampe billig zu verk. Kellig, Kuchengartenstraße 11, ptr.

Kostüm, schw., gtr., schm. F., 70, neu, Hose 10, Hemd 20, 1 P. gtr. Schnrsch. (44), 40, 1 P. Bergstg. (42), 60 Sidonienst. 41, E. G. v. l

Damen-Hemden		25.—
Damen-Beinkleider		26.—
Damen-Schürze		20.—
Herren-Hemden		25.—
Hemdenbarchent	m	16.—
Bettbezug u. Kissen		140.—
Barchent-Bettuch	Stck.	35.—
Hand- u. Wischtuch	Stck.	6.—

Hemdentuch, Nessel, Inlett, Damast, Stangenleinen **Kohlgartenstr. 29, I. links.***

Stets bill. Verkauf von: Wäsche- und Möbelstücken, sowie Schuhe u. Garderobe, Lindenau, Cranachstr. 1 a, pt. r.

Friedenskorsett, la., schl. Fig. Lindenau, Friesenstr. 5, pt. M.

Fritz Schulz jun. AG., Leipzig *

Schrank, Vertiko, Stühle, 2 mod. Bettstellen m. Matr., neu, verk. b. Turnerstraße 7, I.*

Kleiderschränke, gute Arbeit, 1-, 2-, 3 tür., jetzt ab 280 M, Bett, Tisch b. Plaw., Schmiedestr. 7.

Küchen, 7 teil., w. neu, v. 500 M an Lind. Odermannstr. 4, Lad.

Küche, Sofa 250, Chaiselong. vk. Reudn., Kapellenstr. 9 a. p.*

Küche, Kommode, Tisch vk. Li., Gutsmuthsstr. 10, 1.*

Chaiselongue, 2 engl. Bttst. m. Mtr., Nßb.-Schrank,-Vertiko, Federb. vk. Vo., Ewaldst. 17, p.

Chais. b. Li., Kanzlerst. 1, II. l.*

Umstandshalb bill. zu verk.: □ Tisch, 2 Stü., elg. Fellschauk.-Pferd, gr. Puppenwagen, elg. Grammoph m. Pl., D.-Schuhe, Nr. 38 Plg., Merseb. St. 2, II. r.

Küchentisch vk. Querst. 31, H. r.

Sofatisch (nußbaum), bill. zu verk. Volkm., Idastr. 27, I. l.

2 Reformbetten, Sofatisch vk. Untere Münsterstraße 8, p. r.

Kd.-Gitterb. m. M., 1,40 m lg., Dietrich, Thekla, Kreuzstr. 25.

Kinderwagen, eleg., mod., fast neu, Kinderschreibpult b. z. vk. Plgw., Merseburger St. 2, II r.

Auflege-Matratzen Chaiselongues bill. Frieden, Dreilindenst. 13.

Sprechapparate, Schallplatten die neuest. Schlager, staunend billig. * **Franke, Rabet 44.** **Zahle höchste Preise** für alte u. zerbroch. Platten.

Kinderwag., hell, guterh., z. vk. Conn., Pfeffingerstr. 20, II. r.

Kinderwagen, f. neu, bill. z. vk. Lind., Felsenkellerstr. 2 prt. l.

Klappwag. m. Verd., guterh., billig zu verk. Portitz Nr. 12.

Stubenwag., Kd.-Klappstuhl vk. Schleuß., Schnorrstr. 31, p. r.

Waschwannen, Waschbretter bill. Körnerstr. 2, Böttcherei.

Photogr.-App. „Ica", 9×12, m. 6 Kass., Frdsw., prsw. Leutzsch, Franz-Flemming-St. 27, I. l.*

Fox, schön gezeichn., ¾ Jahr, für 200 Mark verkäufl. Wahren b. L., Auenstr. 8, I. l.

Prima Schmalz
Pure lard
pro Pfund **16.50** Mk.
10 Pfund **160.—** Mk.
Nährmittel-Fabrikation „Heros".
Hugo Kippermann
Kuchengartenstr. 16, Vo derh. II.
Kein Laden! — Tel. 4560. *

la Schweineschmalz gar. rein Pfund **15.50**
Machlet, Markthalle, Galerie, Stand 68.

Man verlange den Besuch eines Beamten.

Wie schütze ich mich in diesen unsicheren Zeiten gegen **Diebstahl, Einbruch, Feuer- und Wasserschäden?** Durch ein Abonnement bei der
Wach- u. Schliessgesellschaft. Leipzig Tröndlinring 3
Telephon 2481, 18 522

Spitz, schön gez., 1 Jahr, 80 M, Jagdhund, wachs., 4 Mon., 120, Plgw., Merseburger St. 2, II. r.

Kaufgesuche

Kaufe stets! Herren- u. Damen-Garderobe, Wäsche, Schuhe, Federbetten, Leihhausscheine gz. Nachl. Berger, Ranstädter Steinweg 26, I. Tel. 10554.*

Kaufe Herren-Garderobe Militär-Sachen, |* Bett- u. Leibw., Leihhausch. Klink, Ranftsche Gasse 6, pt.

Herren-Pelzkragen od. Fell, echt, zu kaufen gesucht. A.-C., Kohlgartenweg 2, Eckladen.

Bettwäsche weiß u. bunt, Leibwäsche, Hand- u. Wischtücher z. kauf. gesucht Arndtstraße 71, I. r.

Sofa, auch defekt, Vertiko, Kleiderschr., Bettst. m. M. z. k. g. Hofmann, Kapellenstr. 9a.

Bettwäsche, Leibwäsche, Fd.-Betten, Herr.-, Damen-, Kd.-Garderobe kft. jdzeit Kohs, Li., Odermannstr. 4, i. Laden.

Bettstelle m. M., Sofa kauft Mölkauer Str. 33, Dietrich.

Gebr. Bettst. m. M., Schrank z. kf. ges. Off. S 80 Exped. d. Bl.

800 Herren-Anzüge
Ulster / Raglans / Sportpaletots / Hosen
Cutaways / Gesellschaftsanzüge / Joppen
Konfirmanden-Anzüge
von einfachen bis zu den besten Stoffen.
Durch günstige Abschlüsse, Ersparnisse der teuren Ladenmiete u. wegen vorgerückter Saison zu bedeutend billigen Preisen. *
J. Kindermann Neumarkt 1, I. :: Gegründet 1880 ::

Felle-Einkauf. * Ich bin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher Häute und Felle zu höchsten Tagespreisen. **Albin Wagner, Querstr. 27.**

Grammophonplatten, zerbr. u. abgespielte kauft u. tauscht 4 alte geg. ein neu. Schlager **Mundt & Co.,** Gerberstr. 60.

Schuhmacher-Ausputzmaschine zu kaufen gesucht. **Kamp,** Schletterstraße 12.

Alte **Autoschläuche** kauft zu höchsten Preisen A. Kamp, Schletterstraße 12.*

Kinderwagen od. Klappwg., auch defekt, z. kf. g. Preisoff. Reusch., Melchiorstr. 16, I. r.

Benötige zum Einschmelzen **Bruch-Gold, Bruch-Silber, Platin, Zahngebisse, Brennstifte, Uhren** aller Art, **Brillant., Wertgegenstände, Leihhausscheine** kauft **Max Israel,** Uhrmacherladen, |* **Promenadenstraße 5.**

Gold-, Silber-Platin-Waren alte Zähne und Zahngebisse kauft zum Selbstverbrauch **Dentist Pischurka** |* Nürnberg. Str. 44 nur II. E.

Schellack kauft M. Lauer, Sophienstr. 40, II.*

Felle aller Art kauft z. höchst. Tagespr. Franke, Rabet 44.

Kanin — Hasen — Ziegen u. alle and. Felle kft. Reicher, Hainstr. 29, I. Tel. 60029 u. Eisenbahnstr. 69 (Laden). |*

Felle u. Häute aller Art, sowie **Roßhaare** kaufen *
H. Mendelsohn & Co. Schützenstraße 3.

Häute u. Felle kauft **Friedrich Schade** Leipzig, Keilstraße 16 und Gerberstraße 9, Hintergeb.*

Felle aller Art kauft Kürsch. Leipzig, Plauensche Str. 7, II.*

Felle, Schafwolle! aller Art kauft von Händlern und Privaten **Kosner,** Reichsstr. 24, i. Hof, Ecke Goldhahngäßchen. Tel. 15307 |*

Vermischte Anzeigen

Verloren 2. 1. Bernhardstr.— Drei Mohr. wß. Halskette m. Elfenbeinanhäng. Geg. Bel. abzugeb. Bernhardstr. 23, II. l.

Rat und Beistand Aliment.-, Ehe- u. Strafsachen **Gnadengesuche!** **Graf,** Grimm. Steinweg 14. *

Auskunftei Detektive Lux L.-Lind., Demmeringst. 23 gerichtlich eingetragen übernimmt d. schw. Sachen Beweismaterial a. A. Rat u. Hilfe i. a. Angelegenh.*

Skatspieler finden immer :: Anschluß :: **Berliner Str. 26, W. Schäfer.***

Skat- u. Strohmannspieler find. immer Ansch. F. Uhlem nn.* Nonnenstr. 22. Nonnenschlößch.

Siegellack Wer kennt die Fabrikation? Off. u. **P. 78** an Exp. d. Bl.

Kommissionslager in Zigarren, Zigaretten etc. vergibt Off. u. **3.52** Exp. d. Bl.*

Leipz. Leih-Institut für Frack-, Gehrock-, Smokinganzüge, Zylinderhüte. **Belau,** Alberstraße 29 a, I., Ecke Zeitzer Str. im Vordergeb.*

Haarschmuck u. Frisierkämme rep. schnell Laqué, Univ. St. 4*

Wohnungen

2 fenst. Zim. m. Kochg. z. verm. Dölitz, Friederikenst. 2, H. pt. r.

Aelt. Herr m. einig. Möbelstck. i. einf. mbl. gr. Zimmer, mögl. Ost. Off. u. T. 81 Exped. d. Bl.

Jg. Fraum. Kind sucht 2 leere Zimm. m. Kochgelegh., mögl. Südv. Off. L. S. Fil. Gohlis.

Angestellt., 40 J., s. Schlafst. o. einf. möbl. Zi. sof. od. sp. i. Südv. o. Westv. Off. V 1 Fil. Zeitz. Str.

Junger Mann sucht möbl. Zimmer in Lindenau. Off. u. W. B. Lind., Odermannstr.

Parteigen. I einfenst. 1. Stube in Pl. od. Klzsch. Off. u. A 100 Fil. Pl., Weißenfelser Str 30.

Unst. sol. Mädchen sucht sof. I. Stube m. Kochof., Plag., Lind. od. Kleinzsch. Offert. u **A. B.** Filiale Pl., Weißenfels. St. 30

Inserate für die fällige Nummer bestimmt, erbitten bis spätestens 9 Uhr vorm. am Erscheinungstage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210105/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG